

Berufsbildung aktuell.

Magazin des Landesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen Niedersachsen e.V.

Ausbildungssituation fordert alle heraus

Berufsschulen: Generationswechsel im Kollegium

Liebe Leserinnen und Leser,

nicht nur in unseren Berufsschulen stehen wir derzeit bundesweit vor gewaltigen Herausforderungen. Erstens wird in den nächsten Jahren ein großer Teil unserer Lehrkräfte altersbedingt ausscheiden. Woher den Nachwuchs nehmen? Zurzeit gibt es an den Hochschulen für bestimmte Mangelfächer im höheren Lehramt kaum Absolventen. Einen weiteren Aufbaustudiengang für Fachhochschulingenieure hat der BLBS in Niedersachsen ange-regt.

Zweitens drängen immer mehr Heranwachsende, die keine Lehr-stelle finden, in die Vollzeitklassen berufsbildender Schulen und drehen hier in unserem additiven Schulwesen eine Runde noch der anderen - eher unmotiviert. Ihre Aussichtslosigkeit, in den Arbeitsmarkt zu gelangen, ist bei der hohen Abbrecherquote enorm. Hier sitzen wir auf einem Pulverfass. Höchste Zeit, um gemeinsam mit Industrie, Handel und Handwerk zu handeln. Al-ternative Bildungsgänge, die zu einem von der Wirtschaft aner-kannten Abschluss führen, sind dringend erforderlich, solange das duale System den Bewerbern viel zu wenige Ausbildungsplätze anbieten kann.

Drittens sind jetzt über fünf Millionen Arbeitslose registriert – wie bei der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1931. In Wirklichkeit sind es aber an die acht. Der Staat ist gründlich pleite, und dieser Kelch geht auch an seinen Staatsdienern, unseren Lehrerinnen und Lehrern in den öffentlichen Berufsschulen, nicht spurlos vorüber. So sind jetzt auch die letzten 50% des Weihnachtsgeldes für die Beamten in Niedersachsen weggefallen - bei erhöhten Arbeitsbe-lastungen. Hinzu kommt, dass mit der auf den Weg gebrachten neuen Schulstruktur den Pädagogen auch größere Verantwor-tungen für ihre Stunden, ihren Etat und die Leistungen ihrer Schüler übertragen werden. Dabei ist in der Reform des Beamtenrechts von „Besoldung nach Leistung“ die Rede – als ob dies in der Re-gel in der Vergangenheit nicht der Fall gewesen sei. Der Spagat zwischen mehr Arbeitsleistung bei weniger Geld ist ausgereizt und wirkt stark demotivierend. Ergo ist diese Reform aber wohl ein

notwendiger Schritt in dieser konjunkturell schwierigen Zeit. Er-nüchternd ist gleichwohl ein Blick auf die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt, die neuerdings auch Mini-Jobs und Ich-AGs einbe-zieht: annähernd 40 Millionen. Und so sind in den letzten 10 Jah-ren über 1,2 Millionen „vollzeitäquivalente“ Stellen weggefallen, wie Ifo-Präsident Werner Sinn in der „FAZ“ darstellt. Selbst die Schwarzarbeit, nach Schätzungen mit rund 350 Milliarden Euro ein gewaltiger Brocken des Bruttoinlandsprodukts, geht neuer-dings zurück.

Aber Jammern hilft selbst dem Schwarzarbeiter nicht weiter. Nur über Einsatz, Fleiß, Engagement und Zuversicht kommt der ehr-liche Mann/Beamte zum Erfolg. Was bleibt ihm/uns also anderes übrig, als in Krisenzeiten einen nüchternen Realismus an den Tag zu legen, der die Basis für eine gute Grundstimmung schaffen dürfte. Gleiches gilt für Unternehmer wo „Mut zur Veränderung“ als Motor für Erfolg gesehen wird. (Siehe unter diesem Titel auch: **Berufsbildung aktuell**, Ausgabe Juli/August 2004). Mit „Mut“ wird aber nicht nur der Motor für erfolgreiches Wirtschaften eingefor-dert, sondern auch für gute Politik. Denn hier wie dort sind Verän-derungsprozesse meist ebenso notwendig wie unpopulär. Viele Umbauprozesse der Gegenwart haben gezeigt, wie man schwie-rige Herausforderungen auch dann gemeinsam lösen kann, wenn die Interessen nicht immer gleichgerichtet sind. Leider gibt es aber immer noch viele, die Veränderungen eher scheuen und lieber „im eigenen Saft schmoren“. Für schwierige Probleme kennen sie stets nur eine schlichte Antwort: die Staats- bzw. Planwirt-schaft. So kündigte Franz Müntefering einst an: „Wir werden das Gesetz zur Ausbildungsabgabe auf jeden Fall beschließen – und sehen, wie die Wirtschaft reagiert“. „Aber der Mensch entwirft, und Zeus vollendet es anders“, heißt es bei Homer. Mit anderen Worten: Ein positives Leitbild im Zusammenwirken mit der Wirt-schaft ist gefordert, das gewiss allen Akteuren bis hinein in die Führungsetagen viel abfordert. Aber es vermittelt auch Lust auf

Herausgeber: Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), Landesverband Niedersachsen e.V.
Geschäftsstelle: Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover, Tel.: 0511 - 32 40 73, Fax: 0511 - 363 22 03

e-mail: info@BLBS-Nds.de
<http://www.BLBS-Nds.de>

Mitgliedschaft des BLBS im BVN, dIn, DBB



Schriftleitung: Ingrid Rüber, Tel.: 0531 - 31 44 01, Fax 0531 - 31 44 14, Kantstraße 4, 38112 Braunschweig
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verbandes wieder.

Druck: Druckerei Beneking GmbH, Göttinger Landstraße 4, 30966 Hemmingen **Berufsbildung aktuell** erscheint viermal im Jahr.

Zukunft und Zusammenarbeit. Werte, die es zu stärken gilt. Dabei kommt der Führungskultur an unseren Schulen eine Schlüsselrolle zu.

Liebe Verbandsfreunde, lassen sie uns auch mit unseren dualen Partnern in wirtschaftlich schwierigen Zeiten mehr miteinander handeln und die Probleme mit Blick auf unsere Jugend lösen, anstatt sie bloß zu verlagern. Ergreifen wir diese einmalige Chance vor allem gemeinsam mit unseren Lehrerinnen und Lehrern und denen, die es werden wollen. Dies ist das Gebot der Stunde auf

dem Weg in eine Zukunft all jener, die noch daran glauben, dass sich Leistung hierzulande lohnt. Ob dabei alle die notwendige Anerkennung erhalten und auch entsprechend besoldet werden, ist eine andere Frage. Davon aber hängt für die Berufsbildung und unsere Berufsschulen künftig viel ab.

Das meint
Ihr
Heinz Ameskamp

Aus der Bildungspolitik

Forscher: Gute Ausbildung wirksamste Strategie gegen Job-Transfer

Zur dauerhaften Erhaltung von Arbeitsplätzen im Hochlohnland Deutschland sind nach Einschätzung des Nürnberger Arbeitsmarktforschers Ulrich Walwei verstärkte Bildungs- und Forschungsanstrengungen erforderlich. Nur mit hoch qualifizierten Fachkräften werde das Land seine Stellung als Hochtechnologie-Standort auch in Zukunft verteidigen können, sagte der stellvertretende Direktor des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der dpa. Andernfalls sei eine weitere Verlagerung von Jobs ins Ausland kaum zu verhindern.

Ein entsprechendes Umsteuern in der Bildungspolitik ist nach Darstellung von Walwei dringend geboten. Untersuchungen des zur Bundesagentur für Arbeit (BA) gehörenden Instituts hätten ergeben, „dass die Bildungsexpansion der 70er und 80er Jahre

ins Stocken geraten ist“: Der Anteil gut ausgebildeter Männer und Frauen stagniere seit den 90er Jahren. Die Probleme verschärfen sich, wenn in den nächsten Jahren viele gut ausgebildete Beschäftigte in den Ruhestand gingen. Es werde schwierig, diese Lücke in den Betrieben zu füllen.

Walwei warnte zugleich vor einer Unterschätzung der Bildungsproblematik für die künftige Arbeitsmarktentwicklung. „Die hohe Qualifizierung der Beschäftigten ist – neben der guten Infrastruktur und der Rechtssicherheit ein zentraler Standortvorteil in Deutschland.“ Dieser dürfe durch Nachlässigkeit in der Ausbildung des Nachwuchses nicht verspielt werden. Überbewertet werde hingegen das Problem der hohen Arbeitskosten als Motiv für Jobverlagerungen. dpa

Busemann wirbt um Ein-Euro-Jobs

Aus: Rundblick Nr. 16 vom 26.01.2005

(rb) Hannover. Kultusminister Bernd Busemann möchte bei den Schulträgern dafür werben, für die nicht-pädagogische Arbeit in Schulen Bezieher von Arbeitslosengeld II mit Ein-Euro-Jobs zu beschäftigen. Nach einer Aufstellung der Bundesagentur für Arbeit stehen allein im Bereich Niedersachsen/Bremen rund 7000 qualifizierte Personen aus dem Berufsfeld Sozial- und Erziehungswissenschaften zur Verfügung, die derzeit ohne Beschäftigung sind. Nach Meinung des Ministers gibt es in den Schulen neben dem Unterricht viel zu tun, insbesondere in den großen Schulsystemen. Ähnliches gelte für die Kitas. Gedacht wird dabei an Tätigkeiten im organisatorisch-technischen Bereich, beispielsweise die Unterstützung von Schulassistenten, Hilfe in den Schulbüchereien, bei der Ausleihe von Lernmitteln, Betreuung von Schulcomputern oder der Wartung von Geräten im naturwissenschaftlichen Unterricht etc. Ein weiteres Feld sei die Mithilfe im Schulablauf außerhalb der Unterrichtsstunden – Ordnungsdienst auf dem Schulgelände, Unterstützung der Pausenaufsicht, das Ermitteln von Schulschwänzern auf dem Schulgelände sowie als zusätzliche Begleitpersonen beim Schwimmunterricht, Klassenfahrten, auf dem Weg zum Schulbus oder bei Schulfesten. Dazu kommen

Betreuungsaufgaben vor dem Schulbeginn, während der Mittagspausen oder bei einigen Nachmittagsangeboten, in der Hausaufgabenhilfe oder sogar bei der erweiterten Sprachförderung am Nachmittag oder anderen Ganztagesangeboten. Arbeitslose ohne sozialpädagogische oder erzieherische Qualifikation könnten auch in den Schulmensen von Ganztageschulen oder als Unterstützung der Hausmeister eingesetzt werden.

Busemann betont, dass diese Mitarbeiter vom Unterricht ausgeschlossen bleiben. „Lehrer light gibt es nicht“, sagt er. Hartz IV verlange zudem, dass die Bezieher von Arbeitslosengeld II für Ein-Euro-Jobs nur in Frage kommen, wenn es sich um zusätzliche Aufgaben gemeinnütziger Art handelt. Sie könnten und würden auch nicht als Ersatz von regulär Beschäftigten eingesetzt werden. Die kommunalen Spitzenverbände hätten sich für den Vorstoß offen gezeigt. Erste Gespräche sollen in Kürze stattfinden. Nicht von dieser Maßnahme berührt ist der geplante Einsatz von Verwaltungspersonal aus früheren Bezirksregierungen, das für Aufgaben der Schulverwaltung vorgesehen ist. Es handele sich um hochqualifiziertes Führungspersonal aus der Landesverwaltung, nicht um Hilfskräfte, betonte der Minister.

Schulinspektion wird eigenständige Landesbehörde

Aus: Rundblick Nr. 015 vom 25.01.2005

(rb) Hannover. Die geplante Niedersächsische Schulinspektion wird eine dem Kultusministerium nachgeordnete eigenständige Behörde sein und nicht Teil der neuen Landesschulbehörde in Lüneburg. Das hat der Staatssekretär im Kultusministerium, Hartmut Saager, auf Anfrage des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Jüttner bestätigt. Die Schulinspektion soll einen konkreten Teilaspekt der Schulaufsicht des Staates – die Feststellung der schulischen Qualität – darstellen und wird dafür mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet. Aus ihren jeweiligen Feststellungen Konsequenzen zu ziehen, sei dagegen

Aufgabe der Schulen selbst oder der Landesschulbehörde, die Regelung und Steuerung im Rahmen der Schulaufsicht realisiert, heißt es weiter. Für diese Aufgabe ist eine Änderung des Schulgesetzes nicht notwendig. Die Errichtung der neuen Landesbehörde werde deshalb per Kabinettsbeschluss herbeigeführt. Das Verfahren entspricht dem der Errichtung des Landesamts für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS) vor einem Jahr, für das ebenfalls keine Schulgesetzänderung erforderlich war, betonte Saager.

Strategie für lebenslanges Lernen setzt Maßstäbe

Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung legt Entwicklungsschwerpunkte einer effektiven Aus- und Weiterbildung in den verschiedenen Lebensphasen fest.

In die Offensive gehen Bund und Länder in der Weiterentwicklung des deutschen Bildungswesens. Sie haben eine Strategie für lebenslanges Lernen entworfen, die von Kindergarten und Schule über berufliche Bildung und Hochschule bis hin zur Weiterbildung alle Lebensbereiche einschließt. Mit diesem Strategiepapier vom Juli 2004 nutzt die von Bund und Ländern eingesetzte Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung die Chance, auch europaweit Maßstäbe für die Definition lebenslangen Lernens zu setzen.

Im Kern orientiert sich die Strategie an Lebensphasen und ordnet ihnen Entwicklungsphasen zu. So geht es in der Kindheit vorrangig um die Ausprägung von Lernmotivation und Lernfähigkeit. Eltern und Pädagogen spielen dabei eine entscheidende Rolle. Sie bestimmen Umfang und Qualität informellen Lernens. Neue Erziehungs- und Bildungspläne können die Kompetenzentwicklung von Kindern entscheidend fördern. Die Vernetzung von Kindergarten, Schule, Eltern, Jugendhilfe und Jugendarbeit und die Lernberatung vor allem der Eltern betrachtet die Kommission als weitere wichtige Bausteine in dieser Lebensphase.

Kompetenzentwicklung ist vor allem im von schulischer Lernpflicht geprägten Bildungsalltag der Jugendlichen von hoher Bedeutung. Über fachliches Wissen hinaus muss Schule in diesem Lebensabschnitt auch Lern-, Handlungs- und Sozialkompetenz vermitteln, den Jugendlichen Teamfähigkeit und die Basis für selbstorganisiertes Lernen mit auf den Weg geben. In dieser Phase sind es die Jugendlichen selbst, denen Lernberatung eine Orientierungshilfe für ihre Bildungslaufbahn bieten muss. Um den Grundstein einer neuen Lernkultur legen und für Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung sorgen zu können, brauchen die Schulen nach Überzeugung der Kommission größeren Entscheidungsspielraum.

Als junge Erwachsene bezeichnet die Kommission die Phase vom Eintritt in die Arbeitswelt einschließlich beruflicher Erstausbildung bis zu Aufnahme einer geregelten Berufstätigkeit. Informelles Lernen, Selbststeuerung und Kompetenzentwicklung sind Entwick-

lungsschwerpunkte dieses Abschnitts. Das Fundament bietet eine Vernetzung von Schule, Betrieb, Hochschule, Arbeitsvermittlung und Weiterbildungseinrichtungen. Die Modularisierung des Angebots ermöglicht eine zielgerechte Erweiterung individueller Fertigkeiten und verbessert die Chancengleichheit beim Zugang zu Bildungswegen. Schwerpunkt der Lernberatung ist in dieser Phase Ausbildung, Studium und Weiterbildung. Praxisnähe und Transferorientierung prägen jetzt die neue Lernkultur.

Für Erwachsene, deren Lebensphase zunehmend von Veränderungen gekennzeichnet ist, gewinnt deshalb lebenslanges Lernen immer stärker an Bedeutung. Gleichzeitig lassen ihnen berufliche und soziale Einbindung geringen Spielraum. Selbst strukturierbare Bildungsangebote werden dem gerecht. Gleichzeitig plädiert die Kommission für die Anerkennung von Qualifikationen, die Erwachsene in Familie, Arbeitsprozeß und Freizeit erworben haben. Modularisierung ermögliche Schritt für Schritt den Aufbau individueller Kompetenzprofile.

Die Lebensphase Ältere definiert die Kommission als Erwachsene kurz vor oder schon im Ruhestand. Ältere Menschen können stärker als in allen anderen Lebensphasen selbst bestimmen, was, wie und wofür sie lernen – theoretisch. Praktisch stoßen sie noch an formale Grenzen. Die Kommission macht in ihrem Strategiepapier auf altersspezifische Barrieren im vorhandenen Bildungsangebot aufmerksam und fordert ihren Abbau, um auch Ältere in Zukunft den chancengerechten Zugang zum lebenslangen Lernen zu ermöglichen. Erwerb oder Erhalt von Selbstständigkeit und Selbstbestimmung auch in höherem Lebensalter sei ein wesentliches Ziel des lebenslangen Lernens, unterstreicht die Kommission. Auch Ältere sieht die Strategie der Kommission eindeutig als Zielgruppe nicht nur für den Erhalt vorhandener, sondern auch den Erwerb neuer Kompetenzen, die es ihnen ermöglichen, ihre Erfahrung und Wissen weiterzugeben. Aufgabe der Bildungsfachleute ist es nun, den strategischen Rahmen mit konkreten Inhalten zu füllen.

(H. Rötter aus Quelle: BLK/BIBB/Cedefop/sk – Das Strategiepapier steht als Download unter www.blk-bonn.de zur Verfügung – BLK-Materialien, Heft Nr. 115)

Finanzierung der Berufsbildung

Öffentliche Hand muss zur Finanzierung beruflicher Bildung immer tiefer in die Tasche greifen.

Nach einer Studie des BIBB gab der Staat 2002 mehr als 3 Mrd Euro für außerschulische Berufsausbildung aus. Das Versprechen, allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Leuten trotz eines rückläufigen betrieblichen Lehrstellenangebotes eine Berufsausbildung anzubieten, kommt die öffentliche Hand teuer zu stehen. Wie teuer, das verdeutlicht eine Studie des BIBB. Es hat die öffentlichen Ausgaben für die berufliche Aus- und Weiterbildung in der Zeit von 1980 bis 2002 unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: Die staatliche und damit steuerliche Finanzierung hat sich in den vergangenen 20 Jahren mehr als verdoppelt, ist von 4,1 Mrd Euro 1980 auf knapp 10 Mrd Euro in 2002 angewachsen.

Deutlich verschoben haben sich die Ausbildungsanteile für einerseits berufliche Schulen und andererseits außerschulische Berufsausbildung, etwa die Förderung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze oder die Ausbildungsförderung benachteilig-

ter Jugendlicher. Während 1980 den beruflichen Schulen der Löwenanteil von fast 85% der damals aufgewendeten gut 4 Mrd Euro zufluss, gab die öffentliche Hand für außerschulische Berufsausbildung lediglich 638 Mio Euro aus. Bis zum Jahr 2002 kletterte dieser Ausgabenposten auf 3,167 Mrd Euro und damit einen Anteil von knapp 32% der rund 10 Mrd Euro umfassenden Gesamtausgaben. Gleichzeitig fiel der Anteil für die beruflichen Schulen um 17% auf 68%.

Hauptgrund für den erheblichen Anstieg des Betrages, den die Bundesagentur für Arbeit in die außerschulische Berufsausbildung steckte, ist die Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher. Hier stiegen die Ausgaben von 1,3 Mio Euro im Jahr 1980 auf 268,6 Mio Euro im Jahr 1991 und erreichten 2002 schließlich 1,076 Mrd Euro.

(H. Rötter aus Quelle BIBB/Cedefop/sk. Die kompletten Untersuchungsergebnisse dokumentiert die vom BIBB herausgegebene Broschüre „Der Beitrag der öffentlichen Hand zur Finanzierung beruflicher Bildung“, beim Verlag Bertelsmann zu beziehen.)

Busemann legt Erlass „rauchfreie Schule“ vor

Aus: Rundblick Nr. 008 vom 14.01.2005

(rb) Hannover. Kultusminister Bernd Busemann hat seinen vor einigen Wochen bereits angekündigten Erlassentwurf „rauchfreie Schule“ vorgelegt. Darin wird in den niedersächsischen Schulen jetzt das Rauchen ausnahmslos verboten sein. Der Erlass umfasst neben Schülern und Lehrern alle Mitarbeiter der Schulen und alle Personen, die sich in der Schule oder auf ihrem Gelände aufhalten. Der Minister begründet seinen Vorstoß vor allem mit dem gesundheitlichen Risiko der immer jüngeren Raucher, die damit schon frühzeitig in Abhängigkeit vom Nikotin geraten. Dazu komme die Rolle des Zigarettenkonsums beim Einstieg in illegale Drogen. Busemann verweist auf den Bildungsauftrag der Schule, der

auch den verantwortungsbewussten Umgang mit der eigenen Gesundheit umfasse. Die Vorbildfunktion der Lehrkräfte müsse wichtiger sein als der Wunsch einzelner, ihnen den Konsum von Genussgiften in der Schule zu ermöglichen, findet er. Neben dem generellen Verbot enthält der Erlass auch die Aufklärungs- und Vorbeugungsarbeit im Unterricht. Der Erlassentwurf geht jetzt in die Verbandsanhörung. Das sollte die Schulen nach Meinung des Ministers aber nicht davon abhalten, bereits jetzt das Rauchverbot umzusetzen. „Es gibt kein einziges Argument für das Rauchen“, stellt Busemann fest.

Personen und Positionen

Aus: Rundblick vom 11.01.05

(rb) Mit der Versetzung von Ministerbüroleiter Jan ter Horst im Kultusministerium an die Spitze der neuen Landesschulbehörde in Lüneburg sind einige weitere personelle Veränderungen im Büro von Ressortchef Bernd Busemann einhergegangen. Ministerialrat Heiner Hoffmeister, Schulleiter aus der Region Hannover und im Ministerium zuletzt Leiter des Projekts Eigenverantwortliche Schule, ist mit der Wahrnehmung der Aufgaben des Ministerbüroleiters betraut worden. Persönlicher Referent ist der Angestellte Dr. David Schnieders geworden, der wie der Minister aus dem emsländischen Dörpe stammt. Der bisherige „Persönliche“, Hermann Wocken, ist in die Kommunalabteilung des Innenministeriums gewechselt. Eine neue Aufgabe hat auch Christel Harendza bekommen, die im vergangenen Jahr das mobile Beratungsteam „Neue Schulstruktur“ geleitet hatte. Sie ist jetzt

als Referatsleiterin zuständig für Parlaments- und Kabinettsangelegenheiten. Ihr Amtsvorgänger, Oberstudienrat Peter Fischer, ist jetzt als Referatsleiter in der Abteilung 2 (schulformübergreifende Angelegenheiten) für Ganztagsangebote, Kompetenz- und Integrationsförderung verantwortlich. (rb)

Ministerialrat Lange, in der Abteilung 4 des Kultusministeriums (Berufliche Bildung) als Referatsleiter zuständig für das gewerbliche Schulwesen, vertritt Niedersachsen ab 1. Februar als Ständiges Mitglied im Verwaltungsausschuss der Staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht. Seine Stellvertreterin wird Oberstudienrätin Gerberding sein, die im selben Referat tätig ist wie Lange. Die Neubesetzung ist notwendig geworden, nachdem die bisherige Vertreterin Niedersachsens aus dem Ministeriums ausscheidet und in den Schuldienst zurückkehrt.

Neue Wege zur Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer für Fachpraxis

Seit dem 01.08.2004 gibt es den Erlass über die Qualifizierung und Prüfung der Lehrerinnen und Lehrer für Fachpraxis im Land Niedersachsen. Die Einstellung erfolgt in das Beamtenverhältnis auf Probe. Lehrkräfte für Fachpraxis gehören zur Laufbahn des gehobenen Dienstes, Eingangsamt ist die Besoldungsgruppe A9. Durch unsere Mitarbeit in den Arbeitssitzungen, Veranstaltungen, externe Besprechungen, im Hauptvorstand, BLBS Bund und besonders beim Modellversuch MoF@bs konnten unsere Forderungen zum Teil umgesetzt werden:

- Eine neue Qualifizierung,
- Gesichertes Familieneinkommen.

Der Modellversuch MoF@bs ist abgeschlossen und jetzt sind die Schulen und Studienseminare aufgefordert, die positiven Erkenntnisse aus dem Modellversuch in die Qualifizierung einzubringen.

Die Schulen haben jetzt eine große Verantwortung während der Qualifizierungsphase. Die qualifizierende Schule hat innerhalb der verbleibenden Unterrichtsverpflichtung von 23,5 Wochenstunden einen durch eine Fachlehrkraft betreuten Unterricht in einem der Qualifizierung förderlichen Umfang sicherzustellen. Der förderliche Umfang kann nur in Zusammenarbeit mit dem Studienseminar fest- und sichergestellt werden.

Eine Durchführungsbestimmung - wir bieten unsere Mitarbeit an - sollte die Studienseminare auf eine einheitliche Durchführung der Qualifizierungsphase bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Forderungen sind noch nicht alle umgesetzt. Wir hoffen, dass wir uns in absehbarer Zeit mit neuen positiven Nachrichten melden können.

Gruß
H. Rensen AG Leiter

Alleingang

Handwerkskammer soll Lernschwache in die Betriebe bringen

Vorhaben in dieser Form wieder vom Tisch

Osnabrück (fsu) Wie Karl-Heinz Brünger, Präsident der Handwerkskammer Osnabrück-Emsland, mitteilte, hat das niedersächsische Kultusministerium angefragt, ob die Kammer nicht eine näher an der betrieblichen Praxis orientierte Vorbereitung lernschwacher Jugendlicher auf das Berufsleben anbieten wolle. So könne sie in einem Pilotprojekt diese Berufsschüler in ihren eigenen Bildungseinrichtungen unterrichten, um ihre Ausbildungsfähigkeit zu verbessern. Brünger erklärte, entsprechende Maßnahmen könnten ab August im Kammerbezirk durchgeführt werden. Denn im Bezirk gebe es „rund 1000 junge Leute, die sich für eine handwerkliche Ausbildung interessierten“, aber sich bisher „in schulischen Warteschleifen wie dem Berufsgrundbildungs- oder Berufsvorbereitungsjahr“ aufhielten. Gleichzeitig räumte er aber ein, dass das Vorhaben auch in der Wirtschaft zwiespältig gesehen werde.

Auch der Berufsschullehrerverband (BLBS) hat sich gegen diesen Alleingang ausgesprochen, da vor allem jene Schüler, die in den Berufsschulen ihre Fachpraxis im Berufsgrundbildungs- oder Berufsvorbereitungsjahr ableisten, benachteiligt würden. Erkenntnis: Einen gemeinsamen Weg aller Bildungsträger im Blick auf die Situation unserer Lehrstellenbewerber muss es bald geben.

Weiteres dazu lesen Sie unten im Auszug des Interviews der Ems-Zeitung vom 03.01.2005:

Wie stehen Sie zur Änderung der Handwerksordnung?

Brünger: Wichtig ist, dass wir die Meisterpflicht für ausbildungsintensive Berufe erhalten konnten... Am meisten Sorge macht uns, dass sich zum Beispiel inzwischen jeder Fliesenleger, Raumausstatter oder Gebäudereiniger ohne Qualifizierung, also auch ohne Gesellenprüfung, selbstständig machen kann. Das wird dazu führen, dass in diesen Bereichen nicht mehr ausgebildet werden wird. Das trifft natürlich auch für die Ich-AGs zu, die in vielen Fällen nur eine Legalisierung von Schwarzarbeit sind.

Die von Ihnen für 2004 gemeldeten 5,5 Prozent Zuwachs bei den Ausbildungsverträgen sind also im Wesentlichen bei den Meisterbetrieben entstanden?

Brünger: Ja. Wir haben gut daran getan, einen Ausbildungs-

akquisiteur einzustellen. Er ist in die Betriebe gegangen, hat mit Verantwortlichen gesprochen und sie ermuntert, noch mehr auszubilden.

Das hat geklappt, und wir können sagen, dass wir den Ausbildungspakt erfolgreich umgesetzt haben. Wichtig war, dass für die Hauptschüler verbindlich so genannte Betriebstage in den letzten beiden Schuljahren eingeführt wurden. Was sich aber auch gezeigt hat: Auf den Markt drängen viele junge Leute, die nicht ausbildungswillig und teilweise auch nicht ausbildungsfähig sind. Hier arbeiten wir mit dem Kultusministerium zusammen, um vielleicht einen anderen Weg zu finden, damit die Ausbildungsfähigkeit dieser jungen Menschen stärker gefördert wird.

Wie könnte dieser Weg aussehen?

Brünger: Wir haben rund 9000 Lehrlinge in unseren Mitgliedsbetrieben. Aber wo bleiben die Leute, die jetzt von der Schule kommen und keinen Ausbildungsplatz haben? Die sind in schuli

schen Warteschleifen. Warum nicht in betriebsnäheren Einrichtungen? Näher an der Praxis und den Betrieben sind zum Beispiel unsere Bildungseinrichtungen, so dass wir uns vorstellen können, dort Schüler aus dem Berufsgrundbildungs- und Berufsvorbereitungsjahr aufzunehmen. Eine entsprechende Anfrage hat es vom Kultusministerium bereits gegeben. Es wird allein in Stadt und Landkreis Osnabrück 500 solcher Schüler pro Jahr und im Emsland noch einmal 500 geben. Also rund 1000 junge Leute im Kammerbezirk, die sich für eine handwerkliche Ausbildung interessieren könnten.

Wann könnte Ihr Vorhaben starten?

Brünger: Zum 1. August 2005.

Erstmalig und einmalig in Niedersachsen?

Brünger: Es ist ein landesweites Pilotprojekt, das wir mit dem Ministerium erörtern. Auch in der Wirtschaft wird es zwiespältig gesehen, weil einige fürchten, dass damit das duale System aus-

gehöhlt wird. Wir glauben jedoch, dass unser bildungspolitischer Ansatz auch die Kritiker überzeugen wird. Wir müssen uns doch fragen: Was passiert mit lernschwachen jungen Leuten? Wer soll sich im Beruf um sie kümmern? Für diese lernschwachen Jugendlichen muss nach unserer Überzeugung das erste Ausbildungsjahr anders organisiert werden.

Damit könnten Sie auch die Beschäftigungsprobleme in Ihren Bildungseinrichtungen lösen, von denen Anfang 2004 in unserer Zeitung die Rede war.

Brünger: Ja, aber das ist - wie gesagt - nicht unser Hauptansatz. Und außerdem können wir hier ganz klar Entwarnung geben. Wir sind in Osnabrück gerade dabei, 8,5 Millionen Euro in die Modernisierung unserer Ausbildungsstätten zu investieren. Wir haben keine Entlassungen vorgenommen, es sind sogar teilweise wieder mehr Schulungskräfte eingestellt worden. Das gilt auch für die Bildungsstätten im Emsland. Die Beschäftigungssituation richtet sich hier allerdings, wie in jedem anderen Betrieb auch, nach der Auftragslage.

Aus der Verbandspolitik

Stellungnahme des BVN

zur Änderung des Erlasses

„Rauchen und Konsum alkoholischer Getränke in der Schule“

vom 09.01.1989 (SVBl. Seite 31)

Grundsätzlich ist dieser Erlass aus den in der Begründung zur Neufassung aufgezeigten Argumenten sehr zu begrüßen. Er ist insbesondere deshalb zu begrüßen, da die Zahl der jugendlichen Raucherinnen und Raucher zwischen 12 und 13 Jahren alarmierend zunimmt.

Es ist allerdings fraglich, ob durch ein generelles Rauchverbot eine Verhaltensänderung bei den Schülerinnen und Schülern bewirkt werden kann. Die folgenden Aspekte bzw. Bedenken sind daher aus unserer Sicht sehr wichtig, da, wie Eltern und Pädagogen wissen, alle ausgesprochenen Verbote nur dann sinnvoll sind, wenn sie eingehalten werden und wenn Missachtungen dieser Verbote entsprechend sanktioniert werden können und auch werden.

1. Wenn das Rauchen auch auf dem Schulgelände und bei Schulveranstaltungen außerhalb der Schule verboten werden soll, so widerspricht dies der geltenden Rechtsprechung. Gemäß Bundesarbeitsgerichtsurteil vom 19. 01. 1999 (Aktenzeichen: 1 AZR 499/98) sind in Unternehmen die Betriebspartner zwar befugt, durch Betriebsvereinbarungen ein betriebliches Rauchverbot zu erlassen, um Nichtraucher vor den Gesundheitsgefahren und Belästigungen des Passivrauchens zu schützen. Ein generelles Rauchverbot im Freien kann in der Regel allerdings nicht mit dem Gesundheitsschutz der Nichtraucher begründet werden.

2. Die Lehrkräfte bekommen mit dem Erlass keine konkrete Handhabung wie gegen trotzdem rauchende Schülerinnen und Schülern vorzugehen ist. Ein landesweit einheitlicher Katalog von Sanktionierungen (wenn sie denn als sinnvoll erachtet werden) ist notwendig. Mit dem vorhandenen Erlassentwurf werden die Lehre-

rinnen und Lehrer und die Schulleitung hinsichtlich dieser durchzuführenden Maßnahmen allein gelassen.

3. Zudem erscheint es zweifelhaft, ob Sanktionierungen der richtige Weg sind und nicht ein sorgsam mit allen Beteiligten ausgearbeitetes Präventions- und Entwöhnungskonzept unterstützt mit einem Angebot begleitender und entlastender Maßnahmen dringend erforderlich ist. Schülerinnen und Schüler der berufsbildenden Schulen kommen häufig schon als Raucher zu diesen Schulen. Ein ausschließliches Präventionskonzept geht an dem Bedarf der berufsbildenden Schulen vorbei.

4. Der Erlassentwurf lässt ebenfalls die Frage unbeantwortet, wie auf Studienfahrten verhindert werden soll, dass die Schülerinnen und Schüler rauchen. Eine vollständige Kontrolle und Sanktionierung während dieser Fahrten ist kaum möglich und gerade rauchende Lehrkräfte werden unter diesen Umständen kaum bereit und in der Lage sein, Studienfahrten durchzuführen.

5. Das Rauchverbot soll für alle Besucher und Nutzer der zu den berufsbildenden Schulen gehörenden Räumen und Außenanlagen gelten. Einen Kompromiss dieser Betroffenen unterhalb des Verbotes wird es somit nicht geben können. Auch hier stellt sich die Frage der Umsetzung und der dafür notwendigen Sanktionierungen.

6. Schülerinnen und Schüler werden nicht daran gehindert werden können, das Schulgelände zum Rauchen zu verlassen. Dadurch ergibt sich eine erhöhte Unfallgefahr. Das Risiko erhöht sich, da während der Schulzeit sich außerhalb des Schulgeländes

aufhaltende Schülerinnen und Schüler keinen Versicherungsschutz haben. Neben der erhöhten Unfallgefahr wird der Aufenthalt der Raucher außerhalb des Schulgeländes zu einer starken Verschmutzung der angrenzenden Vorgärten und anderer Bereiche mit den daraus folgenden Auseinandersetzungen der Schulleitung mit den betroffenen Hausbesitzern bzw. anderen Anliegern führen.

7. Wenn rauchende Lehrkräfte sowohl in den Pausen als auch sofort nach Unterrichtsende das Schulgelände verlassen, dient dies nicht unbedingt der erforderlichen Kommunikation im Kollegium und der Schulleitung mit dem Kollegium. Die Anwesenheit auf dem Schulgelände wird auf das erforderliche Mindestmaß beschränkt werden.

Insgesamt ist es aus unserer Sicht verständlich, dass der Niedersächsische Kultusminister dem § 3 a der Arbeitsstättenverordnung, der dem Nichtraucherschutz Vorrang gibt, nachkommen möchte.

Wenn das aber unvermittelt und ohne Rücksichtnahme auf das laufende Pilotprojekt „Rauchfrei in Niedersachsen – Berufsschulen auf dem Weg!“ (gemeint sind sicherlich die **berufsbildenden Schulen**) durchgezogen werden soll, so widerspricht das dem propagierten Einstieg in schulisches Qualitätsmanagement und der möglichen Einbindung in die niedersächsische Schulentwicklung/Inspektion.

In der Ausschreibung für das Pilotprojekt „Rauchfrei in Niedersachsen – Berufsschulen auf dem Weg!“ heißt es, dass nach Ablauf der Pilotphase die durchgeführten Maßnahmen ausgewertet und

die erfolgreichen Instrumente und Maßnahmen allen berufsbildenden Schulen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Denn der zeitliche Ablauf sieht ein Ende der Pilotphase für das Jahresende 2005 vor (im Wortlaut: „erste Ergebnisse und Ende der Pilotphase“). Zwischenetappen – beispielsweise die „Festlegung der Umsetzungsziele übergreifend und schulspezifisch“ oder „ein schulspezifisches Umsetzungskonzept“ sind für Februar/März 2005 bzw. für bis August 2005 vorgesehen.

Alles Dargelegte bedeutet einen eklatanten Widerspruch zwischen einem sinnvollen Konzept (Pilotprojekt) und einer abrupten Umsetzung des Rauchverbots an niedersächsischen Schulen.

Es sollte ebenfalls nicht vergessen werden, dass noch im Dezember 2003 die Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit und der Kultusminister des Landes Niedersachsen in engem Zusammenwirken den positiven Weg der Auszeichnung von Schulen mit dem Gütesiegel „Rauchfreie Schule Niedersachsen“, verbunden mit Geldpreisen, gegangen sind. In diesem Zusammenhang stellte der Kultusminister im Übrigen fest, dass es am besten wäre, wenn alle Schulen zu rauchfreien Zonen würden – dem kann man uneingeschränkt zustimmen – er stellte indes auch fest, dass das Problem aber per Verbotserlass nicht zu lösen sei, dass es vielmehr gelte, Einsicht durch Aufklärungsarbeit zu schaffen.

Aus unserer Sicht erscheint es daher notwendig, zunächst das Pilotprojekt zum Abschluss zu führen. Wir erwarten, dass die Umsetzung des Nichtrauchens an den berufsbildenden Schulen nicht „übers Knie“ gebrochen wird.

Der Azubi: Ein unbekanntes Wesen wird zur Mangelware

Berufsschullehrerverband und IHK übten Schulterschluss bei Meinungs- und Gedankenaustausch

Cuxhavener Nachrichten, 08.12.2004

kk. - Die Schule als „wirtschaftsfreier Raum“ und Refugium, das Lehrer und zu Unterrichtende vor dem realen (Wirtschafts-) Leben beschützt: Dieses Modell ist zum Scheitern verurteilt, wenn es nicht schon gescheitert ist. Einen Schulterschluss der (noch) ungewöhnlichen Art demonstrierten am Dienstag der Berufsschullehrerverband (BLBS) und die „Arbeitsgemeinschaft Bildung und Medien“ norddeutscher Industrie- und Handelskammern.

Sie hatten in Cuxhaven die Berufsschullehrer der Region zu einem Meinungs- und Gedankenaustausch unter dem Thema „Der Azubi - ein verkanntes Wesen?“ eingeladen. Matthias M. Andreas, BLBS-Bezirksvorsitzender und an den BBS Cuxhaven tätig, begrüßte als Referenten Jörg E. Feuchthofen aus der Geschäftsführung der Hessischen Unternehmerverbände und Dr. Uwe Christiansen von der Arbeitsgemeinschaft Bildung und Medien. Christiansen ließ im Verlauf der Veranstaltung keinen Zweifel daran, dass Deutschland vor einer „Bildungsreform“ stehe, Die demographische Entwicklung, lasse junge Leute und damit auch Auszubildende zur Mangelware werden: „Das wird ab 2010 spürbar, ab 2020 schmerzhaft.“ Oder, von Feuchthofen provokant formuliert: „Es wird der Tag kommen, an dem sich die Unternehmen

um den letzten Sonderschüler prügeln.“

Die Gemengelage aus Altersstruktur, Pisa-Ergebnissen, desolaten öffentlichen Finanzen, Konjunkturproblemen und nicht zuletzt auch Erziehungsproblemen wird eine Herausforderung für alle Unternehmen, Schulen, Gesellschaft, Eltern (Dr. Christiansen: „Pisa fängt nicht in den Klassenzimmern, sondern in den Elternhäusern an.“). Feuchthofen stellte in seinen, Ausführungen die hohen Erwartungen der Wirtschaft an die Jugend dem „Pisa-Gau“ gegenüber: Kein Verstehen von Konzepten, kein Beherrschen von Prozessen, keine Umsetzungskompetenz. Ebenfalls zu beobachten sei der Wertewandel vom Wohl der Systeme hin zum Wohl des Einzelnen. Er stellte verschiedene „Wertetypen“ der Jugend vor und zitierte Untersuchungen, nach denen traditionelle Werte

wie Familie, Kinder, Haus wieder an Attraktivität gewinnen. Die Karriere um jeden Preis werde demnach zum Ziel einer Minderheit.

„Weiche Kompetenzen“

Die Wirtschaft, vor allem der Mittelstand, sollte sich darauf einstellen, jungen Leuten künftig ein Umfeld zu bieten, in denen diese leben und arbeiten möchten. Für die Unternehmen werde es außerdem wichtig, möglichst früh in Kontakt mit ihren künftigen Mitarbeitern zu treten. Schon heute gibt es Projekte, dass Schüler der 6. und 7. Klassen in die Firmen gehen. Die Lehrer werden mehr Wert auf das legen müssen, was das Berufsleben verlangt. Schreibfehler in der Bewerbung sind zwar nicht schön, doch wenn

die „Liebe“ zu Beruf und/oder Firma spürbar wird unwichtig - die „weichen Kompetenzen“ werden entscheidend.

Bleibt die Frage der künftigen Beziehung zwischen berufsbildenden Schulen und Unternehmen, einhergehend mit den der Struktur künftiger Ausbildungen. Immer neue Berufsbilder mit immer weiteren Spezialisierungen überfordern die Schulen in der Fläche. Eine schulische Ausbildung nur noch in den Ballungszentren führt dazu, dass die Unternehmen in der Fläche nicht mehr ausbilden (können, weil die Azubis die Fahrten nicht akzeptieren). Erste Regionen, in denen Berufsschulen geschlossen werden und Unternehmen sich aus der Ausbildung zurückziehen, gebe es bereits, wurde eine gefährliche Entwicklung aufgezeigt.



Schulterschluss (v.l.): Jörg E. Feuchthofen, Matthias M. Andreas, Friedrich Susewind (BLBS) und Dr. Uwe Christiansen. Foto: Krieschen



Berufsschullehrer aus Cuxhaven und Umzu tauschten sich mit Vertretern der IHK über den Azubi, das verkannte Wesen aus. Foto: Krieschen

Aus den Bezirksverbänden

Treffen der Ortsverbandsvorsitzenden in Verden

mit dem BLBS-Landesvorstand und MR Gerhard Lange

Am Mittwoch, dem 08. Dezember 2004, trafen sich um 15.00 Uhr 54 Kolleginnen und Kollegen aus den Ortsverbänden und dem Landesvorstand Niedersachsen mit MR Gerhard Lange zu einer gemeinsamen Aussprache über aktuelle Entwicklungen und Themen in unserem Bereich.

Unser Landesvorsitzender Herr Heinz Ameskamp begrüßte zunächst Herrn Lange und die zahlreich auf die Einladung seitens des Landesverbandes angereisten Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer und umriss die Zielsetzung dieser Veranstaltung.

Herr Ministerialrat Gerhard Lange, langjähriger BLBS-Landesvorsitzender und jetzt Referatsleiter für Berufliche Bildung im Kultusministerium, referierte anschließend zu den folgenden Punkten in seiner bekannt sachlichen und kompetenten Art, angereichert

mit einer Fülle von Hintergrundwissen aus seiner langjährigen Erfahrung:

- Schulverwaltungsreform mit den drei Säulen (Rest-)Schulaufsicht, Fachberatung und Schulinspektion und der Organisation über die verbliebene Mittelinstanz, die langfristig entfallen soll
- Anforderungen an Führungspersonal in der BBS – heute und morgen
- Wegfall vieler Lehrerstellen in den nächsten zehn Jahren durch die bereits ins Rollen gekommene Pensionierungswelle und die damit verbundenen Probleme bei der Nachwuchsgewinnung für die verschiedenen Lehrämter

- Schulinspektionssystem – Aufbau der Struktur, zukünftige Aufgaben und Schulung der neuen Inspektoren im Laufe des Jahres 2005; ca. 10 Inspektoren sind für das berufliche Schulwesen geplant (Stellenausschreibungen im SVBI–12/2004)
- Assessmentcenter – Grundsätzliches zu Aufgaben und Verfahrensablauf

Herr Ameskamp bedankte sich bei Herrn Lange für die informativen und interessanten Ausführungen. Er ging aus der Sicht des BLBS-Landesvorstandes auf einige der von Herrn Lange gemachten Aussagen ein und bekundete gegenüber dem MK die Bereitschaft des BLBS, die anzugehenden Zukunftsaufgaben kooperativ zu begleiten und konstruktive Vorschläge einzubringen – wie in der Vergangenheit häufig erfolgreich praktiziert. Insbesondere der Aufgaben Gewinnung von gut ausgebildeten Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer sowie der Qualifizierung von Führungspersonal wird sich der Landesvorstand des BLBS verstärkt annehmen. Dies geschieht unter anderem bereits erfolg-

reich in großer Zahl über die vom BLBS organisierten EFQM-Assessoren-Schulungen sowie über die angebotenen EFQM-Aufbaukurse.

Die anschließende Aussprache und Diskussion fand ein reges Echo. Aus den Reihen der Ortsverbandvorstände wurden viele Fragen aus verschiedenen Bereichen an Herrn Lange bzw. den Landesvorstand gestellt, beantwortet und ausdiskutiert. Auch erhielt der Landesvorstand konstruktive Anregungen für seine Arbeit. Man beschloss, einmal im Jahr zu einem solchen Erfahrungsaustausch zwischen den Ortsverbandvorständen, dem Kultusministerium und dem Landesverband einzuladen. Eine längerfristige Terminplanung und ein Termin früher im Jahr wird sicher auch noch die Teilnahme weiterer diesmal nicht verteilter Ortsverbände ermöglichen.

Norbert Boese, BLBS-Landesvorstand

BLBS *Werden Sie Mitglied.*

Wilhelmshaven Berufsbildungsmesse

Marinearsenal und Berufsbildende Schulen in der Ausbildung auf Erfolgskurs

Wilhelmshaven (fsu) Anziehungspunkt für zahlreiche Jugendliche in der Region war jetzt wieder einmal die Messe zur Berufsorientierung in den Berufsbildenden Schulen (BBS) an der Friedenstraße. Und so trafen sich mehr als 2500 Schüler aller Schulformen in der grüne Stadt am Meer, um sich über das breite Spektrum an Berufsmöglichkeiten zu informieren, die sich in und um Wilhelmshaven für sie bieten.

Die Messe gilt als einer der Eckpunkte der Zusammenarbeit zwischen allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie Handwerk und Wirtschaft. So konnte sie einmal mehr den Schulabgängern bei der Berufswahl notwendige Impulse geben. Ein Highlight in der maritimen Stadt stellt das Marinearsenal mit ihren Ausbildungswerkstätten dar. Allein hier haben zurzeit 165 Auszubildende eine Lehrstelle. So zählt das Marinearsenal trotz aller konjunktureller Schwankungen zu den verlässlichsten Ausbildungsbetrieben in der Region. Ausgebildet werden hier Industriemechaniker, Mechatroniker, Elektroniker für Geräte und Systeme, Systeminformatiker und Informations- und Telekommunikationssystem Elektroniker.

Erfolgreich ist auch der weitere Lebensweg dieser jungen Leute des Marinearsenals nach ihrem Lehrabschluss. Viele von ihnen besuchen anschließend nahtlos die Klasse 12 der Fachoberschule in Wilhelmshaven, um danach an der Fachhochschule vor Ort ein Studium aufnehmen zu können. Wie zahlreiche große Firmen unserer Zeitung immer wieder mitteilen, sind diese Wilhelmshavener Fachhochschulingenieure, die über den so genannten „zweiten Bildungsweg“ kommen, für sie die erste Wahl, da sie ihr Wis-

sen, Können und die notwendigen soft-skills von der Pike auf erworben haben.



Erfolgreiche Zusammenarbeit: (v.l.) Ausbildungsleiter des Arsenalens Heinz-Dieter Ripke und BBS - Koordinator Uwe Schollenberger

Foto: Susewind

Gute Manieren und „Glockenläuten“

Freisprechung in Cloppenburg

Cloppenburg (fsu) Über 300 Auszubildende wurden jetzt in der Stadthalle Cloppenburg freigesprochen. FDP- Fraktionsvorsitzender im Niedersächsischen Landtag, Dr. Philipp Rösler, hielt die Festansprache. Neben dem Vertreter der Kommune, Bürgermeister Reinhold Brote, überbrachte Heinz Ameskamp, Koordinator der dortigen BBS Technik, ebenfalls ein Grußwort. Darin wurde deutlich, dass man sich an dieser Berufsschule traditionell neben der Vermittlung von Fachwissen auch um den „ganzen Menschen“ kümmert. Dabei wird besonderer Wert auf die Aneignung weicher Faktoren wie Höflichkeit, Einsatzbereitschaft und Kontaktfreudigkeit gelegt. Lesen Sie dazu unten die Rede im O-Ton.

Liebe Gesellinnen und Gesellen, meine sehr verehrte Damen und Herren,

als mich jetzt meine Schulleiterin Margot Wiedenfeld bat, anlässlich dieser Freisprechungsfeier hier in Cloppenburg als Vertreter unserer Berufsschule ein paar Worte an Sie zu richten, kurz und knapp, habe ich spontan zugesagt.

Warum? Nicht etwa deshalb, um Ihnen jetzt eine schöngeistige Rede zu halten. Auch möchte ich, liebe Gesellinnen und Gesellen, hier nicht als bloßer Schulmeister auftreten, der beansprucht zu wissen, was für Sie gut ist - auf Ihrem weiteren Lebensweg.

Derartige Appelle haben Sie sicher schon zu oft gehört. Also werde ich mir die wohlklingenden Ratschläge mancher Sonntagsgesprächler hier ersparen. Sie alle kennen diese Zitate, die überall zu finden sind, wie zum Beispiel: „Ohne Fleiß kein Preis, Lehrjahre sind keine Herrenjahre“ und „Es ist noch kein Meister vom Himmel gefallen“.

Schöne Worte an die Betroffenen, sicher gut gemeint. Aber auch vom Himmel fällt schon lange kein Manna mehr - in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Wer wüsste das besser als Sie selbst!

Stattdessen frage ich: Wo stehen Sie heute, liebe Gesellinnen und Gesellen - und was wird morgen sein? Heute ist für Sie ein Tag der Freude. Sie haben es geschafft und feiern den Abschluss Ihrer Ausbildung. Was aber noch viel wichtiger scheint ist, dass

heute nicht nur gefeiert wird, sondern morgen auch ein neuer Lebensabschnitt für Sie beginnt - das eigenständige Berufsleben! Wer könnte das besser beurteilen als Sie selbst. Herzlichen Glückwunsch zum erfolgreichen Lehrabschluss hier im Cloppenburger Land.

In unserer Cloppenburger Berufsschule haben wir stets Wert darauf gelegt, Ihnen neben der Vermittlung von Fachwissen auch ein Stück menschlicher Prägung mitzugeben.

Und so sehe ich hier im Saale junge Leute mit einem guten Lehrabschluss und gepflegten Erscheinungsbild versammelt, die außerdem noch höflich, einsatzbereit, freundlich und kontaktfreudig sind – Werte, auf die es immer mehr ankommen wird. Danke Ihnen, dass Sie so geworden sind!

Liebe Gesellinnen und Gesellen, gehen Sie mit dieser Haltung auf Ihrem Weg zuversichtlich, zielstrebig und auch mutig voran. Nicht nur große Unternehmen setzen heute zunehmend auf die zuvor beschriebenen Qualifikationen. Entwickeln Sie sich also weiter in dieser Wissensgesellschaft, seien Sie mobil und tun Sie in diesem Sinne weiterhin etwas für Ihre eigene Person.

Aber veranlassen Sie vor allem auch Andere, die Einfluss haben und denen Sie vertrauen können, etwas für Sie zu tun. Denn, wie heißt es so treffend: „Selbst der liebe Gott hat es nötig, dass für ihn die Glocken geläutet werden.“ Heute mehr denn je! Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen für ihren weiteren Lebensweg von Herzen alles Gute.

Bildungsreform

Humankapital als Faktor für Innovation

Cuxhaven (fsu) Alle sagen: „Das geht nicht.“ Dann kam eine, die wusste das nicht – und die hat es dann gemacht. Die Rede ist von einer Berufsschule in Cuxhaven. Sie erprobt zurzeit neben anderen Berufsschulen Niedersachsens in einem von der Landesregierung geförderten Modellversuch die weitgehende Unabhängigkeit vom Staat. Endlich hat sie in ihren Entscheidungen bei Personalfragen, der Mittelbewirtschaftung und einer modernen Unterrichtsgestaltung mehr Handlungsspielraum, so dass ein frischer Wind auch durch den Unterricht weht.

Diether Brandenburg, 62 Jahre, seit 10 Jahren Schulleiter in Cuxhaven, ist darüber froh, obwohl ihm in seiner neuen Position als „Personalmanager“ sicher viel abverlangt wird. Da spielen die weichen Faktoren, die soft-skills, eine große Rolle und so ist der Schulleiter häufig auch im Lehrerzimmer anzutreffen. „Die Schu-

le kann nun auch befördern – bis hin auf die Position des Schulleiterstellvertreters“, sagt Brandenburg. „Die Mittel des Schulträgers und des Landes werden der BBS auf ein Girokonto überwiesen. Darüber kann sie frei verfügen. „Grundvertrauen ist bei all dem das A und O“, sagt Brandenburg, „ich kann nicht mit

Law-and-Order-Methoden arbeiten, sondern nur mit Überzeugung, Vertrauen und Transparenz. Sozialkompetenz muss vorgelebt werden.“ Der Oberstudiendirektor scheint das gut hinzubekommen.

Aber auch Fragen im Blick auf seinen Nachfolger gehen vor dem Hintergrund der erweiterten Kompetenzen der Schulleiterposition bereits um. „Sie kennen wir, Herr Brandenburg, die Arbeit macht uns Spaß und wir hoffen, dass ein möglicher Nachfolger diese Linie beibehält“, so heißt es aus dem Kollegium. Was er denn davon hielte, dass für Schulleiterstellen sehr geeignete Hausbewerber hier und da auf der Steckel blieben, da man Fremdbewerbern grundsätzlich den Vorzug gäbe, wollten wir wissen. Dazu Brandenburg: „Die Stellenbesetzung durch einen Fremdbewerber ist aus vielen Gründen in der Regel eine sehr gute Sache. Wenn jedoch ein Hausbewerber da wäre, der sich ein Grundvertrauen im Kollegium, in den Ausbildungsbetrieben sowie der Kommune aufgebaut hat und bei dem die ‚Mannschaft‘ mitzieht, dann sollte man ihm in diesem Fall den Vorzug geben. Denn schließlich hängt in einem „Wissensbetrieb“, wie unsere Schulen es sind, alles von der Motivation der Lehrkräfte ab. Sie sind unser Humankapital und der entscheidende Faktor für Innovation. Wir können es uns nicht mehr leisten, hier Chancen zu vertun.“



Gemeinsam geht's voran: (v. l.) BLBS-Bezirksvorsitzender Matthias M. Andreas, Schulleiter Diether Brandenburg
Foto: privat

Anmerkung der Redaktion:

Das in diesem Heft vorgesehene Interview mit Georg-Ludwig Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIKT), wird in unserer nächsten Ausgabe enthalten sein.

English for technical schools



Engineering Report
Fachzeitschrift für
Technisches Englisch.
Wertvolle Originalartikel
mit Erläuterungen in
deutscher Sprache und
phonetischer Schrift IPA.
Eine geeignete Ergänzung
für den Unterricht an
Technik-Schulen und zur
Orientierung über
Neuheiten.

Sehr geehrte Leserin - Sehr geehrter Leser

Aus Erfahrung wissen wir, dass es nicht einfach ist, anspruchsvolle Texte als Ergänzung des Englisch-Unterrichts zu finden. So behilft man sich oft mit dem Ausschnitt aus einem englischsprachigen Journal oder aus einer Zeitung.

An dieser Stelle schließen wir mit unserer zweimonatlichen Zeitschrift eine Lücke. Hier finden Sie Artikel von Niveau, die instruktiv und unterhaltsam sind.

Es überwiegen Themen aus der Technik über Neuheiten und Neugkeiten; doch auch über Allgemeines aus dem Berufsleben wird berichtet.

Das Jahresabonnement (6 Ausgaben) kostet **Euro 30.-** (nur für Schulen), sonst Euro 39.-.

Bestellung einfach per **FAX 0041.56.282 23 82**
Sie können gern ein Probeexemplar anfordern.

Wir wünschen, dass auch Ihnen Engineering Report beim Englisch-Unterricht von Nutzen sein wird.

Mit freundlichem Gruss
Engineering Report

Georg Möllerke
Rebbergstrasse 2B
CH-5416 Kirchdorf
www.moellerke.ch

Aus der Wirtschaft

Bilanz nach Novellierung

Aus: Rundblick Nr. 015 vom 25.01.2005

(rb) Eine zweischneidige Bilanz hat die Handwerkskammer Hannover ein Jahr nach der Novellierung der Handwerksordnung gezogen. Das Regelwerk hatte festgelegt, dass nur noch 41 Berufe für die Selbstständigkeit den Meisterbrief erfordern, während 53 Handwerke zulassungsfrei sind. Das damit verfolgte Ziel der Bundesregierung, die Existenzgründung im Handwerk zu erleichtern, sei zwar erreicht, denn die Zahl der Handwerksbetriebe im Kammerbezirk sei in 2004 um 3,3 Prozent auf nunmehr 16 384 gestiegen. Gleichzeitig sei mit diesem Zuwachsein Rückgang der Umsätze, der Erträge sowie der Beschäftigung einhergegangen. Die Kammer hat ermittelt, dass in ihrem Zuständigkeitsbereich zum Stichtag 31.12.2004 insgesamt 108 080 Menschen im Hand-

werk beschäftigt waren – 3,5 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Der Umsatz sei um 2,1 Prozent auf 6,79 Milliarden Euro zurückgegangen. Sorgen bereitet der Kammer zudem, dass mit dem neuen Handwerksrecht auch eine Dequalifizierungsspirale in Gang gesetzt worden sei, weil der weit überwiegende Teil der neu eingetragenen Betriebsinhaber in den zulassungsfreien Berufen keine einschlägige Qualifikation vorzuweisen habe. Damit gerate auch die Ausbildungsleistung des Handwerks zumindest mittelfristig in Gefahr, wird befürchtet. Ob sich Betriebe ohne fachspezifische Qualifikation mittel- oder langfristig am Markt behaupten können, sei zu bezweifeln, heißt es.

Vertrauensschwund

Aus: Rundblick Nr. 27 vom 10.02.2005

(rb) Hannover. Nach einer Blitzumfrage unter ca. 500 niedersächsischen Handwerksbetrieben ist der Glaube daran, dass die gegenwärtige Politik auf Bundesebene in der Lage ist, mittelstands- und handwerksgerechte Rahmenbedingungen zu schaffen, nahezu vollständig geschwunden. 95 Prozent der befragten Betriebe hätten das Vertrauen in die Politik verloren, nur noch fünf Prozent hätte eine positive Rückmeldung gegeben, heißt es. Der Präsident des Niedersächsischen Handwerkstages, Kurt Rehkopf, bewertet dieses Ergebnis als Armutszeugnis für die Politik. Es müsse Ansporn sein, sich jetzt endlich in den verschiedenen Feldern wie Steuern, Sozialabgaben und weiterer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes auf einen klaren Kurs zu verständigen. Die Politik könne es sich auch nicht erlauben, schon zur Mitte der jeweiligen Legislaturperiode die Hände in den Schoß zu legen. Jetzt müsse die Politik die Probleme anpacken und Konzepte vorlegen, um nicht den letzten Rest an Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Rehkopf bezeichnete die Lage im Handwerk als angespannt. Knapp 40 Prozent aller Handwerksbetriebe stuften die wirtschaftliche Lage als „schlecht“ ein. Allerdings sei auch von deutlich über der Hälfte der Betriebe eine „gute“ oder zumindest „befriedigende“ Einschätzung der Lage ihres Betriebes abgegeben worden. Das Handwerk stehe zudem zu umfassenden Reformen.

Das gelte z.B. für eine deutliche Steuervereinfachung, die sich auf die Belange kleiner und mittlerer Unternehmen ausrichte etwa durch eine Freibetragsregelung bei der Ökosteuer statt einer pauschalen Belastung gerade der kleinsten Betriebe. Angeregt wird ein kreatives Eigenkapitalstärkungsprogramm; dagegen lehnt das Handwerk das Antidiskriminierungsgesetz ab sowie eine einseitige Ausrichtung des Solidarpaktes zulasten der strukturschwachen Gebiete in Westdeutschland und nicht zuletzt eine das örtliche Handwerk belastende europäische Dienstleistungsrichtlinie.

Kommentar

„Einsamkeit hat viele Namen“

Die wahre Bildungskatastrophe - wie ihr begegnen?

Von Friedrich Susewind

Das war ein guter Abend - dieser Neujahrsempfang 2005 der Oldenburgischen IHK mit ihren Festrednern wie Guido Westerwelle und dem Verleger der Wilhelmshavener Zeitung, Manfred Adrian. Anschließend die Möglichkeiten für Gespräche beim Imbiss dort in der Weser-Ems-Halle. Und so hat der Chronist im Blick auf seine Zunft, die Berufsschullehrer, einmal mehr erfahren, wie nützlich und notwendig es doch ist, regelmäßig mit unseren dualen Partnern aus Industrie, Handel und Handwerk zielführende Kontakte zu entwickeln und diese nachhaltig zu pflegen. Denn in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind alle an Erziehung und Bildung beteiligten Akteure besonders auf ihr gemeinsames Zusammenspiel angewiesen, soll verhindert werden, dass viele unserer Kinder vor PC- Spielkonsolen als virtuelle Punktesieger ihrer eigenen Verliererkarriere einsam, verlassen und weitgehend unbemerkt entgegenstreben.

In der Realität sind unsere Heranwachsenden jedoch keine Punktesieger, und das nicht erst seit PISA. Aber das Bejammern der „mangelnden Ausbildungsreife“ unserer Heranwachsenden und die zunehmend populäre Forderung vieler Politiker, mehr in die Bildung zu investieren, reichen heute nicht mehr aus, um die größer werdende Schar von Jugendlichen, die im Spannungsfeld von Hoffnung und Resignation sich selbst überlassen sind, von der Straße zu holen. Da hilft auch keine CeBit in Hannover, die ihr Herz für Computerspiele entdeckt hat. eLearning statt Spielkommerz wäre besser. Aber auch allein das Hineinpumpen von Geld in den Patienten Bildung und die damit verbundene Hoffnung auf „Gute Besserung“ genügt nicht. Hier ist ein Masterplan, sind ausgefeilte Aktivitäten und Konzepte gefragt, die zum Beispiel durch Bildungsforen wie „Der AZUBI- das verkannte Wesen?“ in der Region mit der Wirtschaft und über Bildungssponsoring angeregt werden können – eine gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Bildung & Medien norddeutscher IHK's (Hamburg) veranstaltete Reihe. Nur mit der Wirtschaft, und nicht gegen sie, kann der Vereinzelung und Vereinsamung der jungen Generation, die heute schon im frühen Kindesalter beginnt, entgegen gewirkt werden. Aber: „Einsamkeit hat viele Namen“, so heißt ein Lied von Christian Anders aus den siebziger Jahren.

Ein Blick in diese Zeit: Hier begann eine Entwicklung, in der die wahre Bildungskatastrophe wohl ihren Ursprung nahm. Es war in intellektuellen Kreisen opportunistisch, deutsche Schlager, wie von Christian Anders, als Schulnoten abzutun – obwohl sie jeder gern hörte. Ebenso galt es, den **Playboy** zu kaufen und ihn versteckt in der so liberalen **Zeit** mit nach Hause zu tragen. Nicht weniger widersprüchlich waren Texte von Günter Wallraff, einem gelernten Buchhändler, und Prophezeiungen von Bildungsexperten wie Georg Picht, der meinte, der moderne Mensch beginne erst mit dem Abitur.

Wallraff, der damals den „Werkkreis 70“ gründete (1970) - einen Zirkel von Literaten, der später überwiegend aus Lehrern bestand -, verstand sich als Aktionsschriftsteller, der gesellschaftliche Missstände aufdecken helfen wollte. Und so ließ er sich unter Angabe einer falscher Identität von Unternehmern einstellen, und half in diesen Betrieben kräftig mit, „seine eigenen Erlebnisse zu organisieren“, wie er in den siebziger Jahren seine Tätigkeit als Schriftsteller freimütig definierte. So „arbeitete“ er unter anderem als „Türke Ali“ bei McDonald's und manipulierte hier seine gesammelten Beobachtungen, die unter der Textart „Dokumentarliteratur“ später leichtfertig in die Schulbücher bestimmter Bundesländer einzogen. Dies war der Beginn des Abschieds von der Bildungsreform und zugleich der Anfang eines voranschleichenden Misstrauens, das vor allem bei vielen Lehrern im Blick auf das Unternehmerlager seinerzeit aufkam: Kein Wunder, konnten doch viele mit der betrieblichen Wirklichkeit wenig vertraute Lehrer nun „aus erster Hand“ bei Wallraff und ähnlichen Akteuren des 68er Zeitgeistes nachlesen, wie es im Alltagsleben in der Wirtschaft offenbar zugeht. Die traurige Hypothek dieser Desinformation muss noch heute mühsam abgetragen werden. So gilt zum Beispiel McDonald's bei vielen Ahnungslosen immer noch als wenig arbeitnehmerfreundlich und als „Dickmacher“, obwohl dieses amerikanische Traditionshaus hierzulande längst eine Vorreiterrolle im Trend zur gesunden Ernährung und im sozialen Engagement übernommen hat. Serviert werden neben Burgers frische Salate als vollständige Mahlzeit – mit Bio-Milch oder Apfelsaft-schorle im Live-Style-Zeitalter.

Pädagoge Picht hingegen verstand sich in den siebziger Jahren darauf, der Öffentlichkeit eine bevorstehende Bildungskatastrophe zu prophezeihen, die nur durch eine drastische Erhöhung der

Abiturientenzahlen zu verhindern sei. Unter diesem Blickwinkel begann alsbald eine unglückliche Entwicklung, die als neue Bildungsreform missverstanden wurde - eine einseitige Reform der höheren, allgemeinen unter sträflicher Vernachlässigung der beruflichen Bildung.

Dieser Pyrrhussieg der traditionellen Humboldtschen Bildungs-ideologie, der lediglich mit einem fortschrittlichen Etikett versehen wurde, ist heute in seinem vollen Ausmaß deutlich. Erstens: Noch immer kämpfen auch die Berufsschulen um eine Gleichwertigkeit - nicht Gleichartigkeit - von beruflicher und allgemeiner Bildung. Zweitens: Dem Verdrängungseffekt von oben nach unten – der Abiturient verdrängt den Realschüler, der Realschüler den Hauptschüler bei der Stellensuche – steht paradoxerweise ein steiles Ansteigen der Sonderschüler, der Legastheniker und der Hauptschüler ohne Abschluss gegenüber. Der bildungspolitische Saldo verweist also tief in die Minusskala. Das Desaster reicht bis in die Kultusministerkonferenz (KMK): Sie bewies mit ihren „10 Forderungen an die Wirtschaft“ jüngst wenig Augenmaß, indem sie den Schwarzen Peter für diese Fehlentwicklungen in der Bildungspolitik an die Wirtschaft weitergab. So fordert sie derzeit von der Wirtschaft erstens das „Offenhalten von anerkannten Ausbildungsberufen für Bewerber mit Hauptschulabschluss“, zweitens „falls erforderlich, Ausbildung über Bedarf“, drittens „wieder mehr Verlässlichkeit der Wirtschaft bei der Bereitstellung von Ausbildungsstellen“ usw.

Als ob die mittelständische Wirtschaft, die hierzulande über 75% der Wertschöpfung betreibt und überwiegend aus kleinen Unternehmen besteht, die mit viel Idealismus ihr Geschäft führen, ein unzuverlässiger Partner sei. Ebenso ist da kein Spielraum für den politische Dauerbrenner, die Ausbildungsplatzabgabe, denn im Mittelstand „sind Gewinne keine kurzfristige Bereicherung des Unternehmers, sondern dienen hier der notwendigen Substanzbildung und Erhaltung“, so der Textilunternehmer Curt Leffers im Gespräch mit unserer Zeitschrift. Nebenbei würde die Ausbildungsplatzabgabe jährlich über 50 Mio. Euro allein an Verwaltungskosten verursachen. Wie dem auch sei - eines wird immer deutlicher: Die größte Bildungsexpansion der Geschichte unserer Republik scheint heute nicht mehr in der Lage zu sein, den elementaren Bedürfnissen und Erwartungen der jungen Generation auch nur annähernd gerecht zu werden. Die von Bildungsideologen und Chancengleichheitsfanatikern über Jahrzehnte tabuisierte Frage nach den Berufschancen und der Marktlage lässt sich heute einfach nicht mehr unterdrücken. Da ist es schon gut, wenn Kultusminister Bernd Busemann in Niedersachsen jetzt auch auf Elitenförderung setzt. Dabei kann die Wirtschaft helfen.

Wie wird es weitergehen? Erstens sollten Berufsschulen und andere Bildungsträger den aufkommenden Konkurrenzkampf um vollzeitschulische Bildungsgänge nicht noch mehr vertiefen, weil sie vielleicht hier einen lukrativen Markt sehen. Allein der demografische Wandel zeigt: In spätestens 10 Jahren hat sich dieses Thema mangels Masse/Schülern ohnehin erledigt. Zusammenarbeit ist das Gebot der Stunde. Zweitens könnten auch Berufsschulen vom Organisationsgefüge her moderner werden, „Senior-Experten“ konsultieren sowie über Bildungssponsoring und öffentlich-private Partnerschaften attraktives Neuland beschreiten. Dies käme vor allem unseren Schülerinnen und Schülern zugute, die der besonderen Zuwendung heute mehr denn je bedürfen. Gelingensbedingungen dafür hängen jedoch auch stark von einer neuen Führungskultur in unseren Schulen ab. Der Weg zum Erfolg wird wohl über Lehrerbildung, Fort- und Weiterbildung gemeinsam mit unseren dualen Partnern in die richtige Richtung weisen.

Pensionäre - die vergessenen Experten?

Von Klaus Cammans

In unserem Land wird jedes Jahr eine große Anzahl von Lehrern sowie schulischen Funktionsträgern - bis hin zu Schulleitern - pensioniert. Dies bedeutet, dass damit auch ein Erfahrungspotenzial aus dem aktiven Dienst ausscheidet. Die personalführenden Stellen in den verschiedenen Ebenen schöpfen aus diesem Kompetenz-Reservoir aus unterschiedlichen Gründen, die wohl meist formaler Natur sind, nichts ab. In dem vorliegenden Beitrag soll versucht werden, darüber nachzudenken, ob die bisherige Praxis bzw. die Nichtnutzung von personalem Kompetenz-Potenzial weiterhin sinnvoll ist, oder ob unsere Gesellschaft nicht besser beraten wäre, diese Erfahrungen zu nutzen.

Vorweg drei Bemerkungen. Erstens darf es hier nicht darum gehen, zusätzliche Kosten zu begründen, sondern mögliche Kosten durch das Aufzeigen schon gemachter Fehlentscheidungen zu minimieren. Der Einsatz von „Senior-Partnern“ wäre für die Beteiligten ein Ehrenamt. Zweitens sollte die Schöpfung dieser Erfahrungen nicht im Bereich des Tagesgeschäfts liegen, sondern sich auf Konzeptionen und Beratung beschränken. Man kann hier von den Betroffenen die Kür, die sportlich gesehen, höhere Motivationsgewinne bringt, nutzen. Die Pflicht - ebenfalls sportlich gesehen - läge dann mit Abstand im Alltagsgeschäft und ausschließlich bei den Aktiven. Drittens bedarf es, falls dieses Kompetenz-Reservoir genutzt werden sollte, des Grundsatzes der Freiwilligkeit und eines Zeitfensters. Es ist aus meiner Sicht selbstverständlich, dass bei einer Realisierung diese Gremien keine Entscheidungs-Befugnisse haben, sondern ausschließlich beratend tätig sein sollten.

Aus den skandinavischen und angloamerikanischen Ländern ist bekannt, dass sowohl die Wirtschaft als auch der Bereich des Staates einschließlich der Schule den Erfahrungskreis durch Einschaltung von „Senior-Partnern“ oder „Senior-Experten“ sehr effektiv nutzt. Hier ist das Instrument der Beiräte gebildet worden, die in den verschiedenen Ebenen eingesetzt werden und - auf den schulischen Sektor bezogen - etwa ein- bis zweimal pro Halbjahr tagen.

Auf Deutschland bzw. Niedersachsen bezogen könnte dieses

Potenzial je nach entsprechender bisheriger beruflicher Tätigkeit - auch die Zeiten in diesen Tätigkeiten werden bei einer Auswahl ausschlaggebend sein - in den unterschiedlichsten Ebenen in „Beiräten“ genutzt werden. Vorstellbar wären zum Beispiel Gremien bei folgenden Organen:

- Ministerium
- Landesschulbehörden
- Schulen
- Schulträger
- Kammern

Diese Beiräte sollten von „aktiven“ Beamten geleitet werden und aus der Dienststelle heraus ihre Funktionen und Aufgaben erhalten. Es wird sich schnell zeigen, auch dies ist sind positive Erfahrungen, dass diese Gremien, da sie auf Freiwilligkeit beruhen, ein Gewinn für die Grund-Organisation sind.

In Deutschland tut man sich häufig mit dem Traditionsbegriff etwas schwer. Doch ist die Gewinnung von Erfahrung und Nutzung von Potenzialen nichts anderes als Traditionspflege im besten Sinne. So kann ich mich nur dem Wort des griechischen Philosophen Plato anschließen, der schon damals dazu sagte: „Tradition pflegen heißt nicht, Asche aufbewahren, sondern Glut am Glühen halten.“ So würde ich mich darüber freuen, wenn die Entscheidungsträger in den unterschiedlichen Bereichen sich dieser vorhandenen Glut annehmen und unser Feuer weiter entfachen.

Leserbriefe

„Wenn Abgeordnete Arbeit suchen“

(Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 15.01.2005)

In diesem Artikel von Bernd Haase steht: „Die Regionspolitiker loben sich gern dafür, dass sie Reformen.....bei Berufsschulen gut bewerkstelligen.“ Die Berufsschulen sind da z.T. ganz anderer Meinung! Die große Berufsschule 4 in Hannover für Elektrotechnik (BBS 4) wurde vorerst durch die Gründung der Multimedia-schule auf dem Gelände der Weltausstellung verkleinert und im Herbst 2003 mit der BBS 5 (Metalltechnik) und der Technikerschule zur BBS-Metall-/Elektrotechnik (BBS-ME) zusammengelegt. Nun gibt es nur noch die BBS-ME, in der sich die BBS 4, die BBS 5, die Technikerschule und das Technische Gymnasium mit zusammen 160 Lehrkräften und etwa 3600 Schülern befindet. Gespart wurde das Leitungspersonal der vorher gewesenen Schulen - gut bewerkstelligt? Nein, das ist Reformunsinn!

Die befragten Mitarbeiter der Schulen haben das vorher gesagt, ihre Bedenken wurden jedoch nicht berücksichtigt. Mit so viel Mitarbeitern verschiedener Schulen ist ein einvernehmliches Zusammenarbeiten sehr schwer, es entstand eine unmögliche Lernfabrik, wie das ein früher leitender Mitarbeiter im Kultusministerium nannte. Der Erfolg der durch die Regionspolitiker gemachten Reform

ergab demotivierte Lehrkräfte und Verwaltungsmitarbeiter, was den Unterricht der Schüler nicht gerade unterstützt.

Um die vielen Schüler der zusammengelegten Schulen unterzubringen, wurden viele der durch engagierte Lehrkräfte in ihrer Freizeit und mit Geschenken von Ausbildungsbetrieben aufgebauten Labore, die für eine gute Berufsausbildung erforderlich sind, zu Klassenräumen umgebaut und viel selbstgebautes und gestiftetes Gerät mit grimmigem Gefühl entsorgt, auch wurden Beförderungsstellen gestrichen und Mitarbeiterstellen gekürzt, es gab Abstimmungsprobleme - und das soll lobenswerte Regionalpolitik sein? Das Gegenteil ist der Fall, eine gute pädagogische Zusammenarbeit ist in einer solchen Lernfabrik schwerer möglich als vorher!

Es ist schade um die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit aller Tätigen in der ehemaligen BBS 4, die seit 1937 für die Ausbildung der Berufsschüler in Berufen der Elektrotechnik, Elektronik und Informatik sehr vorteilhaft war.

H.Rötter, langjähriger Leiter der BBS 4

Wir informieren

Reform der Berufsausbildung verabschiedet

Berlin (dpa) - Trotz Kritik von Wirtschaft und Handwerk hat der Bundestag am 27. Januar mit breiter Mehrheit eine Reform der Berufsausbildung beschlossen. Mit den Stimmen von SPD, Grünen und der CSU/CSU-Fraktion verabschiedete das Parlament ein Gesetz, wonach Jugendliche künftig auch dann einen Gesellenbrief erwerben können, wenn sie einen Beruf nicht im Betrieb, sondern an der Berufsschule erlernt haben. Zudem wird die dreijährige Lehrzeit verstärkt stufenweise organisiert, damit praktisch begabte Lehrlinge bereits nach zwei Jahren in den Beruf wechseln und sich später weiterqualifizieren können.

Darüber hinaus ist vorgesehen, dass kleinere Firmen im Verbund mit anderen Betrieben eine gemeinsame Lehrstelle bereitstellen können. Das stärke die Ausbildungsfähigkeit kleiner Betriebe, die bislang keine Lehrlinge einstellen konnten, erklärte der CDU-Abgeordnete Uwe Schummer bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs am 26. Januar.

Das Berufsbildungsgesetz war zuletzt 1977 novelliert worden. Schummer sagte, eine Aktualisierung sei „überfällig“, weil es bei den unter 30-Jährigen derzeit 1,3 Millionen Schulabgänger ohne Berufsausbildung gebe. Unter anderem wird künftig die Probezeit von drei auf vier Monate verlängert, um die Zahl derjenigen zu senken, die ihre Lehre abbrechen. Neu ist zudem die Möglichkeit, einzelne Abschnitte der Ausbildung im Ausland zu absolvieren.

Wenn der Bundesrat ebenfalls zustimmt, sollen die Neuregelungen im April oder Mai in Kraft treten und bereits zum Beginn des neuen Lehrjahres gelten. Der Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt, Horst Rehberger (FDP), mahnte allerdings eine flexiblere Regelung bei der Ausbildungsvergütung an. Auch die Arbeitgeber sowie die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) nannten die derzeit vorgeschriebenen Löhne ein „Ausbildungshemmnis“.

Zudem kritisierte der Bundesverband der Arbeitgeber (BDA), die Stufenausbildung werde „de facto“ abgeschafft, weil für eine zweijährige Lehre weiterhin ein dreijähriger Ausbildungsvertrag zwingend vorgeschrieben wird.

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) sagte hingegen, die Reform Sorge bei der Ausbildung für mehr „Attraktivität und Qualität“.

Gewerkschaften und Lehrerverband: Gesetz unzureichend

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die IG Metall und der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) halten das Reformgesetz für unzureichend. DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock würdigte dennoch Verbesserungen in dem verabschiedeten Gesetz im Vergleich zum Entwurf vom Mai 2004.

So sei die Verbundausbildung gestärkt worden, teilte Sehrbrock am 28. Januar mit. Auch endeten vollzeitschulische Ausbildungsgänge nur dann mit einer Kammerprüfung, wenn vorher Regelungen im Benehmen mit dem zuständigen Landesausschuss getroffen wurden. Das bedeute, dass die Länder auch künftig nicht „freihändig“ vollzeitschulische Ausbildungsgänge ausbauen könnten. Ferner seien die Berufsbildungsausschüsse künftig für Qualitätsfragen zuständig. Dies sei ein erster Schritt zum Qualitätsmanagement in der beruflichen Bildung, betonte Sehrbrock. Sie zeigte sich zufrieden damit, dass das Stimmrecht der Lehrer in dem Ausschuss beschränkt bleibt.

IG-Metall-Vorstandsmitglied Erwin Vitt vermisst unter anderem eine Regelung zur Sicherung der Ausbildung für alle Schulabgänger. Außerdem lasse es die Finanzierungsprobleme der betrieblichen Ausbildung weiterhin ungelöst, erklärte Vitt. Auch zur Frage des lebenslangen Lernens und zum Ausbau der beruflichen Weiterbildung habe man keine Regelung beschlossen. Die Berufsbildungsreform sei „ein fauler Kompromiss“.

Künftig werde es sogar schwieriger, das duale Ausbildungssystem attraktiv zu halten, da offensichtliche Schwächen nicht behoben würden.

Der Lehrerverband BLBS sprach von einem „halbherzigen Schritt“. So sei es nicht gelungen, alle Bereiche der Berufsausbildung in Deutschland - insbesondere auch den Bereich der personenbezogenen pflege- und Sozialberufe - zu erfassen. Zwar werde zum ersten Mal durch ein Gesetz die Lernortkooperation eingefordert, gleichzeitig verzichte das Gesetz aber darauf, die hierzu notwendigen strukturellen Voraussetzungen zu schaffen, monierte der BLBS. So seien beim Ausbildungsabschluss die beruflichen Schulen mit ihren Ergebnissen nur als Gutachter gefragt. „In dieser Kann-Bestimmung wird der Berufsschule eindeutig nur eine Juniorrolle zugestanden.“ Ebenso mutlos sei die Gesetzgebung beim Stimmrecht der Lehrer in den Berufsbildungsausschüssen, kritisierte der BLBS im Gegensatz zum DGB. Grundsätzlich stimmten die Sozialpartner ab, die Beauftragten der Lehrer haben nur in einem eng begrenzten Ausnahmefall ein Stimmrecht.

Quelle: dpa Nr. OS/2005 vom 31. Januar 2005

Gleichstellung

Aus: Rundblick Nr. 158 vom 21.08.2004

(rb) Die berufliche Gleichstellung von Frauen ist im Handwerk mit 19 Prozent deutlich stärker ausgeprägt als in der Gesamtwirtschaft in Deutschland mit 10 Prozent. Das hat das handwerkswissenschaftliche Ludwig-Fröhler-Institut in München in einer Umfrage herausgefunden, auf die jetzt die Handwerkskammer Lüneburg-Stade verwiesen hat. Demnach bieten viele Handwerksbetriebe familienfreundliche Rahmenbedingungen an. Die meisten würden

ohnehin als Familienbetriebe geführt; den Interessen der Mütter und Väter werde dort mit flexiblen und individuellen Lösungen bei der Arbeitszeitgestaltung entgegengekommen, heißt es. Speziell in der Kammer Lüneburg-Stade besteht am Standort Stade eine Koordinierungsstelle zur Frauenförderung, die Betrieben u. a. dabei hilft, Ersatzkräfte für die Elternzeit der Mitarbeiter zu finden.

Mentoring-Programm für Frauen

Aus: Rundblick Nr. 17 vom 27.01.05

(rb) Das dritte Mentoring-Programm für Frauen in der Kommunalpolitik ist jetzt von Frauenministerin Ursula von der Leyen gestartet worden. Das Ministerium will mit diesem gemeinsam mit den kommunalen Frauenbeauftragten und Frauenverbänden initiierte Projekt weiblichen Nachwuchs für die Räte und Kreistage fördern. Die politisch erfahrenen Mentorinnen unterstützen ihre „Mentees“ bei ihrem Debüt auf dem öffentlichen Parkett und begleiten sie eine Zeitlang bei ihrer politischen Arbeit. Der Anteil der Frauen in den Räten und Kreistagen beträgt in Niedersachsen nur beschei-

dene 20 Prozent, berichtete von der Leyen. Sie hält es deshalb weiterhin für notwendig, das erfolgreiche Projekt, das bereits von der Vorgängerregierung ins Leben gerufen worden ist, erneut aufzulegen. Bei den ersten Projekten in den Jahren 2000/2001 sowie 2003/2004 hatten insgesamt 385 politisch interessierte Frauen teilgenommen. 47 Prozent der Teilnehmerinnen am ersten Programm konnten bei der Kommunalwahl 2001 ein Mandat erlangen.

Berufsschulen der Region Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim diskutierten über die „eigenverantwortliche Schule“

Osnabrück - Zu einer Großveranstaltung des Berufsschullehrerverbandes (BLBS) des Bezirkes Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim in Haselünne trafen sich jetzt zahlreiche Interessierte aus den Berufsschulen der hiesigen Region. Der Verband hatte zu einer Diskussion zum Thema „Umsetzung der Eigenverantwortliche Schule an unseren Berufsschulen“ eingeladen. Mit Ministerialrat Gerhard Lange MK, Referat 42 (gewerbliches Schulwesen), konnte der Verband einen äußerst kompetenten Referenten und Diskussionspartner vorweisen. Gerhard Lange ist Mitglied der Arbeitsgruppe „Eigenverantwortliche Schule“.

Weitere Diskussionspartner waren Heinz Ameskamp, Landesvorsitzender des BLBS und Kandidat für den Schulhauptpersonalrat, sowie Ilona Brandhorst, Mitglied des Bezirkspersonalrats Weser-Ems und erneute Kandidatin. Zunächst referierte Gerhard Lange über das Wesen der eigenverantwortlichen Schule. Die Zielsetzung sei hier, Schulen zukünftig besser in die Lage zu versetzen, die Qualität des Unterrichts und der schulischen Arbeit eigenverantwortlich und nachhaltig zu verbessern. Gerhard Lange sprach hierbei von einer Umwandlung der bisher „inputorientierten“ Schulen zu eher „outputorientierten“ Schulen. Dazu seien hier die Erweiterung der Gestaltungsspielräume, die Gestaltung klarer Verantwortlichkeitsstrukturen und eine angemessene Unterstützung notwendig.

Die sechs Bausteine der eigenverantwortlichen Schule, so Lange weiter, seien die Qualitätsentwicklung und –sicherung, neue Formen schulinterner Mitverantwortung, Öffnung gegenüber dem gesellschaftlichen Umfeld, Unterrichtsorganisation und -entwicklung, Ressourcen/ Budgetierung und Personalverantwortung und –entwicklung. Viele unserer Berufsschulen in der Region haben die Prozesse, die zu dieser Zielsetzung führen, bereits eingeleitet. Dies ist an der engagierten Umsetzung der Einführung des Qualitätsmanagementsystems EFQM und der Personalkostenbudgetierung erkennbar. Einige Berufsschulen im Bezirk haben sich bereits mit gutem Erfolg der Schulinspektion unterzogen,

Ein zentraler Punkt in der sich anschließenden Diskussion war die Mitverantwortung und Mitbestimmung des Kollegiums vor dem Hintergrund, dass die Gesamtkonferenz in der jetzigen Form künftig keinen Bestand mehr haben wird. Man war sich einig: Der in der eigenverantwortlichen Schule mit mehr Verantwortung und größerem Handlungsspielraum vorgesehene Schulleiterposition gilt es, eine angemessene Form der kollegialen Mitbestimmung zur Seite zu stellen. Dabei ist klar: Dem Personalrat und Kollegium werden dadurch mehr Aufgaben abverlangt. Dies sei aber nicht zum Nulltarif zu haben, so Ilona Brandhorst und Heinz Ameskamp. Wie sie weiter betonten, sei die Mehrbelastung der Lehrkräfte ohnehin schon an der oberen Grenze angelangt – „innere Kündigungen“ seien deshalb nicht mehr anzuschließen. Umso wichti-

ger sei es, so Ameskamp, die Umwandlung zur eigenverantwortlichen Schule seitens des BLBS zum Wohle aller kritisch-konstruktiv zu begleiten. So gut und wichtig Veränderungen auch seien, an Neuerungen dürfe es aber nicht zu einer Inflation kommen, denn schließlich brauche man auch Zeit für die Umsetzung der bisher auf den Weg gebrachten Maßnahmen. Abschließend wurde Ministerialrat Lange vom Bezirksvorsitzenden Jürgen Korte, der als Gastgeber die Veranstaltung moderierte, gebeten, die aufgezeigte Situation dem Kultusminister vorzutragen. Dabei bedankte sich Korte bei allen Teilnehmern und appellierte an alle Verantwortlichen, weiterhin den konstruktiven Dialog fortzusetzen, um rechtzeitig die Belange der Berufsschulen in die „Projekte“ einzuarbeiten. Dazu sei es auch wichtig, dass alle Kolleginnen und Kollegen am 14. und 15. April unsere BVN-Kandidaten in die Personalräte wählen.

Jürgen Korte



(V.r.): Gerhard Lange, MK, Ref. gewerbliches Schulwesen, Heinz Ameskamp, Landesvorsitzender BLBS, Ilona Brandhorst, Schulbezirkspersonalrat, Jürgen Korte, Bezirksvorsitzender BLBS

Foto: privat

BERUFSBILDUNGSREFORMGESETZ halbherzig!

Der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) sieht in dem im Januar vom Bundestag verabschiedeten Berufsbildungsreformgesetz nur einen halbherzigen Schritt, die berufliche Bildung in der Bundesrepublik zukunftsweisend zu reformieren.

Die Stärken des dualen Systems der deutschen Berufsausbildung liegen in der Verbindung von Arbeit und Lernen an den beiden Lernorten Betrieb und Berufsschule. Dies spiegelt sich in dem neuen Reformgesetz nicht wider. Ebenso ist es nicht gelungen, alle Bereiche der Berufsausbildung in Deutschland – insbesondere auch den Bereich der personenbezogenen Pflege- und Sozialberufe - durch dieses Gesetz zu erfassen.

Zwar wird bereits zu Anfang des neuen Gesetzes von den beiden Lernorten Betrieb und Berufsschule ausgegangen, im weiteren Verlauf kommt diese Dualität jedoch nicht mehr zum Tragen.

Zum ersten Mal wird durch ein Gesetz die Lernortkooperation eingefordert, gleichzeitig verzichtet das Gesetz darauf, die hierzu notwendigen strukturellen Voraussetzungen zu schaffen. So sind beim Ausbildungsabschluss die beruflichen Schulen mit ihren Ergebnissen nur als Gutachter gefragt. In dieser Kann-Bestimmung

wird der Berufsschule eindeutig nur eine Juniorrolle zugestanden.

Ebenso mutlos ist die Gesetzgebung beim Stimmrecht der Lehrer in den Berufsbildungsausschüssen. Grundsätzlich stimmen die Sozialpartner ab, die Beauftragten der Lehrer haben nur in einem eng begrenzten Ausnahmefall ein Stimmrecht.

Positiv ist zu vermerken, dass Auszubildende, die in BBiG-Berufen an Berufsschulen ausgebildet werden, zur Kammerprüfung zugelassen werden können.

Ebenso können mit Blick auf einen globalisierten Arbeitsmarkt Teile der Ausbildung im Ausland absolviert werden. Dies ist zu begrüßen, doch ohne die beruflichen Schulen wird auch dies nicht gelingen. Sie sind die Lernorte, um Sprachkompetenzen aufzubauen, damit die Auszubildenden im Ausland handlungsfähig sind.

Der BLBS bedauert, dass die Sozialpartner im Vorfeld der Gesetzesberatungen mehr sich selbst als die betroffenen Jugendlichen vertreten haben. Eine Chance ist vertan.

Quelle: Pressemitteilung des BLBS Nr. 2/2005 vom 27.1.05

Aktuelles für Speditionskaufleute

komprimiert - übersichtlich - verständlich

- Lehr- und Übungsbuch in überarbeiteter, aktualisierter Auflage mit neuer ADSP 2003 und neuen Versicherungsbestimmungen
- Systematische Teilung der Kapitel in Informationsteil/ Fallstudien/Wiederholungsfragen
- Lernsymbole verweisen auf sinnvolle Lernhilfen für die handlungsorientierte Bearbeitung
- Für auszubildende Speditionskaufleute, Kaufleute des Groß- und Außenhandels, Industriekaufleute, Wirtschaftsassistenten der Fachrichtungen Spedition/ Logistik, Studenten mit dem Schwerpunkt Logistik

Verlag Europa-Lehrmittel
Düsselberger Str. 23
42781 Haan-Gruiten
www.europa-lehrmittel.de

Spedition und Logistik
Heft 1 - Grundlagen,
Speditionsrecht, Marketing
2. Aufl. 2003. 134 S., DIN A4,
brosch.
Europa-Nr. 72418 € 14,30

Stand der Preise: 1.4.2004

In eigener Sache

Die Redaktion möchte von den Mitgliedern erfahren, ob in den Grünen auch weiterhin zu den Geburtstagen gratuliert werden soll. Der Grund für dieses Interesse ist ein Hinweis einer Kollegin, die wegen Datenschutz das bisherige Verfahren für mindestens an-

greifbar hält.

Wenn Sie diese Bedenken ebenfalls haben, schlagen wir vor, den Ortsverband zu informieren; Sie würden zum gegebenen Zeitpunkt dann nicht genannt.

Wir gratulieren und wünschen weiterhin Gesundheit und Zufriedenheit

60 Jahre

Bollmus	Lothar	Göttingen	07.04.1945
Körner	Wolfgang	Helmstedt	08.04.1945
Bergholz	Bruno	Verden	11.04.1945
Pottz	Eduard	Osnabrück	14.04.1945
Jacobs	Hartmut	Delmenhorst	18.04.1945
Dünhöft	Bernhard	Papenburg	26.04.1945
Zum Winkel	Ruth	Neustadt am Rbg.	02.05.1945
Höchstädter	Konrad-Christian	Osterode	02.05.1945
Ströhmer	Helmut	Lüneburg	03.05.1945
Sandfort	Hans-Dieter	Hannover 3	16.05.1945
Neumann	Gunther	Nienburg	25.05.1945
Siemer	Heinz	Papenburg	03.06.1945
Franzke	Michael	Osterode	11.06.1945
Robben	Heinrich	Papenburg	15.06.1945
Kehrel	Klaus	Syke	22.06.1945
Lüke	Manfred	Wildeshausen	25.06.1945
Klopfer	Harald	Göttingen	30.06.1945

65 Jahre

Zeuner	Hans Peter	Wolfsburg	20.04.1940
Köhn	Hans-Georg	Aurich	25.04.1940
Zabel	Gerte-Ute	Stade	26.04.1940
Rieger	Gerald	Cuxhaven	27.04.1940
Tröh	Karl-Friedrich	Einbeck	04.05.1940
Grebbin	Gisela	Hildesh. Marienburg	10.05.1940
Hoffmann	Hatto	Braunschweig II	18.05.1940
Müller	Hans-Jörg	Hannover 2	28.05.1940
Metze	Hans-Joachim	Cuxhaven	31.05.1940
Pfennig	Folker	Hannover 5	01.06.1940
Hothan	Heinrich	Stadthagen	18.06.1940
Rischmann	Heinrich	Northeim	24.06.1940

70 Jahre

Klink	Heinz-Dieter	Alfeld	06.04.1935
Lawrenz	Siegfried	Meppen	12.04.1935
Quak	Günter	Nienburg	19.04.1935
Stillfried	Joachim	Hameln	25.04.1935
Kayser	Wilfried	Einzelmitglied	09.05.1935
Petersen	Christian	Hannover 22	15.05.1935
Grabau	Jürgen	Emden	20.05.1935
Paulmann	Ruth	Einzelmitglied	08.06.1935

Freericks	Johannes	Papenburg	14.06.1935
Schwarz	Heinz-Georg	Papenburg	25.06.1935
Arnold	Otto	Rinteln	25.06.1935

75 Jahre

Olbrich	Heinrich	Osnabrück	19.04.1930
Meier	Walter	Osnabrück	25.04.1930
Brötje	Gerda	Goslar	27.04.1930
Hanke	Götz	Braunschweig II	15.05.1930
Güntge	Hans	Celle	11.06.1930

80 Jahre

Schmied	Willi	Winsen-Luhe	07.04.1925
Sanders	Walter	Braunschweig II	08.05.1925
Möhle	Irmtraut	Syke	21.05.1925
Siart	Sigmund	Hameln	19.06.1925

Älter als 80 Jahre

Lemme	Ingeborg	Varel	19.04.1911
Haas	Anneliese	Ammerland	22.04.1915
Körner	Walter	Alfeld	18.04.1919
Willeke	Werner	Hannover 3	04.04.1920
Wippich	Kurt	Hannover 2	25.04.1920
Heiland	Robert	Lüneburg	11.04.1922
Scherrinsky	Ingeborg	Stade	18.04.1922
Müller-Weide	Anne-Dore	Oldenburg	16.04.1923
Hömmen	Hermann	Cloppenburg	25.04.1923
Witte	Gisela	Peine	26.04.1924
Rückner	Anneliese	Hildesh. Marienburg	05.05.1910
Walter	Ursel	Hannover 7	04.05.1921
Isensee	Adolf	Osnabrück	24.05.1921
Fiola	Siegbert	Alfeld	25.05.1921
Eggeling	Lisa	Salzgitter	02.05.1922
Kaiser	Hans-Wilhelm	Hannover 3	13.05.1922
Wessig	Josef	Salzgitter	28.05.1922
Schleicher	Alfred-Paul	Bad Harzburg	30.05.1922
Brackhahn	Friedrich	Hannover 3	06.05.1924
Terveer	Franz	Aurich	02.06.1915
Schmidt	Ernst-Ulrich	Hildesheim Stadt	10.06.1915
Krause	Werner	Varel	07.06.1921
Wilpert	Anneliese	Hannover 7	04.06.1923
Hidde	Karl-Ludwig	Northeim	17.06.1924

Nachruf

50-jährige Mitgliedschaft in unserem Berufsverband Frau OStR'in a.D. Käthe Kunstreich

Dieses beindruckende Jubiläum hätten die Kolleginnen und Kollegen des Ortsverbandes Leer zusammen mit der Jubilarin am 01. Juni 2004 würdig begehen können, wenn es das Schicksal nicht anders gewollt hätte. Am 12. April 2004 verstarb unsere Alterskollegin im gesegneten Alter von 97 Jahren.

Frau Käthe Kunstreich, geb. am 19.07.1907, trat am 01.06.1954 in unseren BLBS ein und hat im Ortsverband Leer bis in das hohe Alter hinein mitgewirkt. Noch bis zwei Jahre vor ihrem Tode hat der Ortsverbandsvorsitzende Kontakt mit ihr in einem kurzen Gespräch oder mit einem Kartengruß halten können. Einladungen konnte sie seit mehreren Jahren nicht mehr folgen, freute sich aber immer über eine Nachricht und meldete sich immer - solange es die Gesundheit zuließ - mit einer telefonischen Nachricht beim OV-Vorsitzenden.

Der Ortsverband Leer meint, dass diese besonders lange Verbandstreue vorbildlich ist und einer besonderen Würdigung in unserer Verbandszeitung bedarf.

Der Ortsverband Leer dankt Frau Käthe Kunstreich für die langjährige Treue und wird der Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Norbert Boese - Vorsitzender BLBS-OV-Leer

Wir gedenken unserer Verstorbenen

Walter Mensching Ortsverband Hannover 4	* 18.01.1929	† 01.12.2004
Helmut Paulmann Ortsverband Diepholz-Suling.	* 06.01.1929	† 15.12.2004
Rosmarie Harder Ortsverband Göttingen	* 05.12.1916	† 10.02.2005
Lothar Bauditz Ortsverband Nordhorn	* 20.11.1920	† 13.01.2005
Willi Ebeling Ortsverband Einbeck	* 05.11.1913	† 14.01.2005
Hans-Wilhelm Kaiser Ortsverband Hannover 3	* 13.05.1922	† 20.01.2005

Redaktionsschluß
der nächsten Ausgabe:

26.05.2005

An den BUNDESVERBAND DER LEHRERINNEN UND LEHRER
AN BERUFLICHEN SCHULEN
Landesverband Niedersachsen e.V.
Kurt-Schumacher-Str. 29 • 30159 Hannover
Tel. (05 11) 32 40 73 • Fax (05 11) 3 63 22 03

Aufnahmeantrag und Einzugsermächtigung

Name	Vorname
Geburtsdatum	Bezirksverband
Ortsverband	Dienststelle/Schule
Straße	PLZ/Wohnort
Tel./Fax	Eintritt Schuldienst
Amtsbezeichnung	Besoldungs-/Vergütungsgruppe
Berufsfeld	Unterrichts-Fächer
Konto-Nummer	BLZ
Bankverbindung	

Ich erkläre hiermit meinen Eintritt in den
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer
an beruflichen Schulen (BLBS)

zum _____ .

Ferner ermächtige ich den BLBS widerruflich, den von
mir zu zahlenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich zu Lasten
meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist,
besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine
Verpflichtung zur Einlösung.

Ort	Datum	Unterschrift
-----	-------	--------------

Für die Mitgliederverwaltung:

Aufnahme in die Datei am: _____

Aufnahmebestätigung am: _____

Kopie an Kassenwart: _____



Wenn ich die Fülle des Lebens versichern könnte:

BOXplus ... das Vorsorgepaket

Mit BOXplus kombinieren Sie die Unfall-, Haftpflicht-, Hausrat-, Glas-, Wohngebäudeversicherungen. Einfach und unkompliziert. Jederzeit anpassbar und spürbar günstiger als bei Einzelabsicherung.

Das BOXplus-Rabattsystem bietet schon ab:

- zwei Bausteinen 5%,
- drei Bausteinen 10%,
- vier Bausteinen 15% Rabatt.

Rufen Sie uns an oder faxen Sie uns einfach den Coupon. Wir beraten Sie gerne!

**DBV-Winterthur
Versicherungen**
234 Bereich Service
Frankfurter Straße 50
65178 Wiesbaden
Tel.: 01803 335346*
Fax: 01803 202147*
*9 Cent/Minute

DBV-winterthur

Die Unkomplizierten.

Bitte informieren Sie mich über BOXplus für den öffentlichen Dienst

Name	Vorname
_____	_____
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
_____	_____
Telefon dienstlich/privat	Geburtsdatum
_____	_____

**Übrigens:
Die DBV-Winterthur
ist der führende Partner
im dbb vorsorgewerk!**